

# CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der  
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten  
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf  
5,- DM

Neue Folge  
19. Jahrgang

Juni  
1995

**2/95**

*Klaus Körner:*

**„Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so!“**  
Gedanken zum Kirchentagsmotto

*Christa Peter:*

Obdachlosigkeit und Wagenburgen in Berlin

*Heinz Röhr:*

Der Bund der religiösen Sozialisten nach 1945

*Wulf Schade:*

Katholisch – konservativ – progressiv

*Peter Winzeler:*

Helmut Gollwitzer – die unmögliche  
Möglichkeit, Christ und Marxist zu sein

## Impressum

**CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist** wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Ulrich Peter, Berlin

Reinhard Gaede, Herford

Udo Fleige, Tübingen

Rudolf Laeger, Frankfurt.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis Jährlich DM 20,-

(Ausland DM 25,-) incl. Porto

Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte

an den Bund der religiösen

Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD),

Postgiroamt Dortmund

189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch

zugesandt. Förderabo DM 30,- oder

mehr. Beiträge über DM 20,- sind als

Spende steuerlich absetzbar.

CuS – Christin und Sozialistin/

Christ und Sozialist kooperiert

mit »Neue Wege«, Zürich.

**Redaktion:** Reinhard Gaede

(Schriftleitung), Laarer Str. 297,

32051 Herford

Lothar Bücken, Wetter

Erhard Griese, Düsseldorf

Rolf Köhler, Bad Schönborn

Wolfgang Lünenbürger, Hamburg

Christa Peter, Berlin

Ulrich Peter, Berlin

**Abonnements und Retours:**

BRSD, Postfach 2521,

72015 Tübingen,

Kündigungen werden zum

Jahresende wirksam

**Layout:** Andreas Hesse, Berlin

**Repro:** Umbruch, Berlin

**Druck:** Hephata-Werkstätten,

Mönchengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

## Inhaltsverzeichnis:

Klaus Körner: Gedanken zum Kirchentagsmotto	4
Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten auf dem Kirchentag	6
Lothar Bücken: Gedankenskizzen zur NRW-Wahl	8
Ulrich Peter: Kritik am real-existierenden Kapitalismus	12
Peter Winzeler: Helmut Gollwitzer – die unmögliche Möglichkeit, Christ und Marxist zu sein	15
Christa Peter: Obdachlosigkeit und Wagenburgen in Berlin	26
Wulf Schade: Katholisch – konservativ – progressiv	29
Udo Fleige: Solidarität International	34
Ulrich Peter: Kriegsdienstverweigerung in der Nazi-Zeit: Das Beispiel Wilhelm Schümer	36
Heinz Röhr: Der Bund der religiösen Sozialisten nach 1945	39
Bücher, die uns interessieren: Heinz Röhr: Rezension von F.-M. Balzer/Gert Wendelborn „Wir sind keine stummen Hunde – Heinz Kappes, Christ und Sozialist in der Weimarer Republik“	48
Einladung zur Jahrestagung des BRSD	50

## Editorial:

„Es ist Dir gesagt Mensch, was gut ist!“ Dies ist die Losung des diesjährigen Kirchentages in Hamburg. In der Übersetzung von Martin Buber geht es weiter: „und was fordert ER von dir sonst als Gerechtigkeit üben“. Gerechtigkeit üben und die Liebe zu den Menschen waren immer die Triebfeder des Denkens und Tuns religiöser Sozialistinnen und Sozialisten. Darüber, was gut ist, und welche Konsequenzen dies für die Kirchen und die Christinnen und Christen erfordert, gibt es heute innerkirchlich keinen Konsens. Zu beliebig wird mit der befreienden Botschaft des Evangeliums umgegangen. Das Salz der Erde ist so oftmals zum Honig der Welt degeneriert. Kirche will niemand weh tun und macht so (fast) alles nur halbherzig. Aber es gab und gibt viele Gegenbeispiele. In diesem Heft erinnern wir an drei wichtige Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts, die mit Christi Botschaft von Gottes kommandem Reich Ernst machten. An Wilhelm Schümer, der das Friedensgebot und die Bergpredigt über das Gesetz der Nazis stellte – an Heinz Kappes, den sie aus seinem Pfarramt vertrieben und an Helmut Gollwitzer, dem wir und die gesamte christliche Linke mehr verdanken, als in Worte zu fassen ist.

Mit der Geschichte unseres Bundes nach 1945 beschäftigt sich ein Aufsatz unseres Bundesmitgliedes Heinz Röhr, den wir mit freundlicher Genehmigung den „Berliner Dialogheften“ entnahmen. Diese Geschichte ist auch in unseren Reihen ziemlich unbekannt, und dies, obwohl sie, bis zur „Linkswende“ 1977 immerhin 30 Jahre umfaßte, gegen nur 14 in der Weimarer Republik. Seit 1919 sind es mittlerweile 76 Jahre, daß es einen „BRSD“ gibt und es ist uns ein Anliegen, diese Geschichte kennenzulernen, aus ihr Schlüsse zu ziehen und sie zu hinterfragen – aber auf keinen Fall sie zu mythologisieren.

Der Anspruch, in einer Tradition zu stehen, muß sich an der Gegenwart beweisen. Dazu gehört die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der 2/3-Welt, wie auch die Unterstützung von Initiativen im Inland. Der Ausgang der NRW-Wahlen hat unserem Artikel über den Ruhrbergbau im vorherigen Heft eine neue Aktualität gegeben, wird doch die Frage der Kohle und ihrer Zukunft ein, wenn nicht der Stolperstein für eine rot/grüne Koalition in NRW.

Wir setzen in diesem Heft unsere Berichterstattung über den Katholizismus in Polen fort. Über die positiven Reaktionen auf den Artikel im letzten Heft haben wir uns sehr gefreut.

Wir laden unsere Leserinnen und Leser sowohl zum Gespräch am Stand des BRSD beim Hamburger Kirchentag ein, wie auch zur Jahrestagung unseres Bundes in Bad Hersfeld.

Liebe Grüße

Eure Redaktion

Es ist Dir gesagt, Mensch, was gut ist! Micha 6,8  
„Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so“

## Gedanken zum Kirchentagsmotto

# Die Kälte des Systems

In Großburgwedel bei Hannover hat sich 1992 ein gehbehinderter Mann das Leben genommen. Jugendliche Rowdies hatten ihn eine U-Bahntreppe hinuntergeworfen. Kurz darauf wurde er von Kindern aus der Nachbarschaft beschimpft und angespuckt. Da konnte er es nicht mehr ertragen, so verhöhnt und entwürdigt mit seiner „gesunden“ Frau weiterzuleben.

Nach seinem Tod gab es einige Unruhe in der Kleinstadt. Der Behindertencub demonstrierte. Er bat die Frau des Verstorbenen, sich an die Spitze des Protestes zu stellen. Sie zögerte, ließ sich dann aber überzeugen und begann sich mit den anderen Betroffenen zu wehren. Aber die Kälte der Gesellschaft, die abweisende Haltung der Nachbarn, die anonymen Anrufe mit sexistischem Charakter grenzten auch sie aus, brachte ihr Engagement zum Erliegen, machte ihr Angst, ließ sie verstummen. Und sie suchte, isoliert und angefeindet, ein Jahr nach ihrem Mann ebenfalls den Tod.

Durch Funk, Fernsehen und Presse sind wir mit den „bedeutenderen“ Gewalttaten in unserer Gesellschaft vertraut: Brennende Asylantenheime, Wohnungen von ausländischen Mitbürgern, Synagogen; Skinheads stoßen einen Mosambiquaner aus der fahrenden S-Bahn, erschlagen einen linken Punker, und die Gesellschaft, ihre Medien, ihre Politiker, ihre Kirchenmänner äußern in Sonntagsreden moralisch Abscheu, mehr nicht.

Doch die Ausgrenzung reicht weiter. Durch Politiker-Geschwafel vom massenhaften „Wildwuchs“ und „Mißbrauch“ von Sozialleistungen werden Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen diffamiert. Obdachlose werden per Staatsgewalt aus den Innenstädten vertrieben, ebenso die Drogenabhängigen. Die Gesellschaft ist krank, doch sie will die Symptome nicht sehen. Sie setzt auf Leistung, Erfolg und Ellenbogen. Wer bei diesem täglichen Kampf auf der Strecke bleibt ist menschlicher Abfall, Müll, als „menschliches Kapital“ nicht zu vermarkten.

Die Spaltung unserer Gesellschaft in Reiche und Wohlhabende einerseits und Arme und Bedürftige andererseits wird durch solche Tendenzen verschärft und die Gewaltbereitschaft gegenüber den Verarmten und Ausgegrenzten unterstützt. Die Gesellschaft lehrt Bedürftige, Alleinerziehende mit mehreren Kindern, Obdachlose und chronisch Kranke das Frieren.

Der Blick gar über den deutschen „Tellerand“ in die hungernde Zwei-Drittel-Welt macht deutlich, wie irreparabel ein System ist, das stets nur immer mehr Verarmung und Verelendung produziert. Dieses System hat die Herzen und Hirne der Menschen so verändert, daß sie das Einklagen von weltweiter wirtschaftlicher Gerechtigkeit als die „Solidarität mit Versagern“ denunzieren, wie jüngst ein Leitartikler im Zentralorgan der Wohlstandsbürger, der FAZ (dokument. in DRITTER WEG, Heft 15).

In diese gesellschaftliche Situation hinein redet der Prophet Micha, wie damals, 722 v. Chr., während des assyrischen Krieges, nach dem Fall Samarias und der Belagerung Jerusalems dem Volk ins Gewissen. Er mahnt mit dem Hinweis auf die Gebote der Thora, Recht zu schaffen den Witwen und Weisen und die Fremdlinge zu lieben. Von den aus der Verantwortung für das ganze Volk sich stehlen-wollenden Israeliten fordert er, Gerechtigkeit und Liebe zu üben und den Blick für den Nächsten aus Selbstsucht nicht zu verlieren.

### Der prophetische Ruf zur Solidarität

„Es ist Dir gesagt, Mensch, was gut ist. Recht zu tun, Liebe zu üben und in Demut zu wandeln“ (Micha 6,8).

Nicht in einem Schwall ethischer Allgemeinplätze fordert das der Prophet von uns, sondern ganz konkret spricht Micha über das herrschende Unrecht (6,9 ff.): Von der Anhäufung unrechten Gutes, von Geschäftsbetrug durch falsche Gewichte, von den Reichen, den Verleumdern mit der falschen Zunge im Hals. In solcher Verderbnis schreit er nach Umkehr, droht er mit der Strafe Jahwes.

Und wo sind unsere Schreie als Christinnen und Christen? Wo der konkrete Ruf unserer Kirchen nach Umkehr? Sind wir blind beim Lesen der Bibel? Taub gezüchtet für ihren Ruf nach Nachfolge auf den Spuren des Rabbis von Nazareth?

In dieser Nachfolge sind wir aufgefordert, am Gottesreich mitzubauen, damit uns der gerechte Gott, unser aller Mutter und Vater, seine Vollendung schenken kann. Der

Psalm 146 kennt ihn als den, der die Gefangenen befreit, der die Blinden sehend macht, der die Fremdlinge behütet und Waisen und Witwen erhält.

Ähnlich Grundsätzliches zitiert Jesus am Beginn seines Wirkens in der Synagoge zu Nazareth vom Propheten Jesaja (58, 6-7): „Das aber ist ein Fasten, an dem ich Gefallen habe. Laß los, die du mit Unrecht gebunden hast! ... Gib frei, die du bedrückst! ... Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus!“

Die Propheten des Alten Testaments und die Predigt Jesu wenden sich immer wieder gegen die Trennung von Gottesdienst und täglichem Handeln. „Ich mag deine fetten Dankopfer nicht und dein Harfenspiel. Die Ohren tun weh vom Geplär deiner Lieder. Vielmehr laß strömen



# Der BRSD auf dem Kirchentag in Hamburg

## Unser Stand auf dem Markt der Möglichkeiten: 2 L 14

befindet sich im Marktbereich 2: „Ordnungen, die den Menschen dienen“. Man findet uns in der Halle 2 (gelber Bereich) im 2. Obergeschoß am Stand 2 L 14. Wir sind eine sogenannte Kooperation mit der Initiative Christliche Linke aus Ostdeutschland und mit den ChristInnen für den Sozialismus eingegangen, d.h. unsere drei Stände befinden sich unter dem gemeinsamen Motto **„Wir brauchen Alternativen zum Kapitalismus!“** direkt nebeneinander.

Unser eigener Stand wird dabei **Kritik des Kapitalismus – Sozialismus als Alternative** heißen.

### Unser Gottesdienst in Hamburg-Horn

– genauer gesagt in der Kapernaumkirche, Sievekingsallee 191 – steht unter dem Thema **„Gut ist: Gerechtigkeit üben“**. Dieser Abendmahlsgottesdienst in religiös-sozialistischer Tradition findet am Donnerstagabend von 18 bis 20 Uhr statt (s. Kirchentagsprogramm, S. 383). Die Kapernaumkirche befindet sich ganz in der Nähe des Rauhen Hauses, und man erreicht sie, indem man mit der U 3 in Richtung Mümmelmannsberg fährt und an der Haltestelle Horner Rennbahn aussteigt. Die Kirche ist ganz nah bei der Haltestelle.

das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Quell.“ (Amos 5, 22-24). Die Schüler Jesu und die ersten Gemeinden lebten die Einheit von Beten und Tun ganz selbstverständlich. Ja, sie teilten ihren Besitz untereinander auf, wie es die Apostelgeschichte belegt. Erst durch die Konstantinische Wende, als das Christentum zur herrschenden Ideologie verkam und römischer Hellenismus die Jesusbewegung zu einer rein geistigen Strömung stempelte, wurde der christliche Glaube zur Kultreligion ohne jede die Gesellschaft verändernde soziale Dimension. Die Ketzerbewegungen, der linke Flügel der Reformation, die religiösen Sozialisten von Blumhardt bis Tillich, die schwarze Theologie Nordamerikas sowie

die lateinamerikanische Befreiungstheologie nahmen die Bibel als Buch zur Neugestaltung der Schöpfung wieder ernst und unterstrichen, daß der Gott der Gerechtigkeit von uns mehr als nur sonntägliche Fürbittgebete über das Elend in der Welt verlangt.

Wie wir, die Christinnen und Christen es geschafft haben, die soziale Dimension aus unserem Glauben zu verbannen, zeigen z.B. die Übersetzungen der Vaterunser-Bitten. Das Wort „Schuld“ könnte ebenso mit Darlehen oder Schulden ins Deutsche übertragen werden, ebenso wie das Verb „vergeben“ sich mit erlassen oder entbinden übersetzen ließe. Die soziale Dimension unseres Glaubens heißt auch nicht, Almosen geben und Barmherzigkeit üben,

### Unsere Mitglieder und die uns nahestehenden Freundinnen und Freunde bitten wir,

möglichst bald an unserem Stand 2 L 14 in Halle 2 vorbeizuschauen und sich in die Liste zur Standbetreuung einzutragen. Wir setzen auf das gleiche lebhaftere Engagement wie in all den Vorjahren!

Im Anschluß an den Gottesdienst am Donnerstagabend (s.o.) wird es ein Bundestreffen mit gemütlichem Beisammensein geben.



*„Der Kapitalismus hat gesiegt und sich als das stabilere, lebenswertere Modell erwiesen. Verloren haben die Armen, das eine Drittel hier und die drei Viertel der ganzen menschlichen Familie.“*

*„Die biblische Tradition hat den verschiedenen Namen Gottes einen hinzugefügt, der in dieser Strenge und Genauigkeit bei den anderen Religionen selten erscheint. Das ist der Name >Gerechtigkeit<. Sie ist das Herzstück unserer, der jüdischen und christlichen Tradition. Ohne sie kein Gebet, kein Weihrauch, keine Versenkung. Ohne die Armen keine Nähe zu Gott.“*

*„Wenn wir uns den Traum, daß die Hungrigen satt werden, verbieten lassen, dann werden wir von Gott getrennt, jedenfalls von dem der Bibel. Der Kapitalismus verbietet diesen Traum zwar nicht, weil das eine unmoderne Methode ist, aber er sorgt dafür, daß wir ihn vergessen.“*

Dorothee Sölle in: Mutanfälle. Texte zum Denken. Hamburg 1993

obgleich die Barmherzigkeit ein Begriff im Neuen Testament ist, der Egoismus und Kälte ausschließt.

Die Frage bleibt jedoch in einer von sozialen Spannungen, Aggressionen und Resignation geprägten Gesellschaft: Wie wird Veränderung, Umkehr zum Guten möglich? Wie hebe ich Vereinzelung, Einsamkeit und die Flucht in die Drogen Alkohol, Television und Konsum auf? Die Theologen der Befreiung haben die Strukturen unserer Gesellschaft als sündhaft charakterisiert, d.h. die Bibel fordert von uns nicht nur Nächstenliebe privatissime, sondern die Umgestaltung unserer Welt zu einer lebbareren, einer Welt ohne die strukturelle Gewalt von Ausbeutung, Verarmung und Naturzerstörung.

Ernesto Cardenal spricht in seinen Gedichten davon, daß Christinnen und Christen Revolutionäre sein müssen. Aber auch dieses Wort „Revolutionär“ ist schillernd geworden. Heute ist es nur denk- und praktizierbar, wenn wir die große Vision vom Reich Gottes nicht aus den Augen lassen, aber „zu Demut wandeln“, will sagen, zu kleinen realistischen politischen Schritten für den Menschen und mit den Menschen das Nötige tun.

Der lange Marsch durch die Institutionen birgt die Gefahr der Anpassung und des faulen Kompromisses. Aber er ist in einer nicht-revolutionären Situation der einzig ehrliche, wenn wir der Vision des Gottesreiches uns nähern wollen. Diese Art Nachfolge, das Reich Gottes vor uns im

Kopf, die Augen auf dem holprigen Weg, um den nächsten Schritt zu tun, ist eine Gratwanderung, bei der wir die menschliche Gemeinde und das Wort der Bibel als Wegzehrung bitter nötig haben.

Die totalitären Regime des Katholizismus, Faschismus und Stalinismus trauen dem Menschen nicht. Er ist im Urgrund schlecht und dumm, wie der Großinquisitor Jesus in den Brüdern Karamassow von Dostojewski beweisen will.

Wir aber haben das befreiende Wort gehört, daß wir Abbild Gottes und seiner Kinder sind, berufen, die Erde zu gestalten. Doch wir dürfen nie auf den bürgerlichen Weg der Individualethik zurückfallen. Nicht der Einzelne, das Individuum ist erlöst, sondern die Verheißung des Reiches Gottes gilt der ganzen Welt. In diesem Weinstock sind wir zu Arbeitern berufen. Das mahnende Wort aus der „Dreigroschenoper“ von Bert Brecht aus dem ersten Finale spießt bürgerliches Christentum auf, macht

uns deutlich, daß es gilt, die Verhältnisse zu ändern, in denen der Mensch dem anderen ein Wolf ist.

Ein guter Mensch sein, ja  
wer wär's nicht gern?  
Sein Gut den Armen geben,  
warum nicht?  
Wenn alle gut sind, ist  
sein Reich nicht fern,  
wer sähe sich nicht sehr gern  
in seinem Licht?  
Ein guter Mensch sein, ja  
wer wär's nicht gern?  
Doch leider sind auf diesem  
Stern die Mittel  
kärglich und die Menschen  
roh.  
Wer möchte nicht in  
Fried' und Eintracht  
leben, doch die  
Verhältnisse, sie sind  
nicht so!

Lothar Bücken

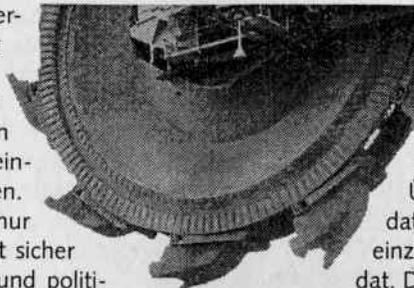
## ...wider den politischen Filz! Gedankenskizzen zur Landtagswahl in NRW

- Schuld war eigentlich nur das schöne Wetter. Das hat fast 800.000 SPD-Wählerinnen und -wähler davon abgehalten, „ihr Kreuz“ an der richtigen Stelle des Wahlzettels zu machen.
- Schuld hat eigentlich nur dieser dumme kapitalistisch-individualistische Muttertag. Was müssen die Leute ihre Mütter besuchen gehen, anstatt zu wählen!
- Schuld hat eigentlich nur der politische Gegner. Er war so schwach, daß er noch nicht einmal für Zoff im Wahlkampf sorgte.

Schuld hat... Das „Schwarzer-Peter-Spiel“ könnte beliebig fortgesetzt werden. Fakt ist, die absolute Mehrheit für die seit 15 Jahren absolutistisch regierenden Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen ist unerwartet verloren. Unerwartet kann im Grunde nur der sagen, der sich seiner Macht sicher war, den Demoskopen glaubte und politische Veränderungen aus seinem Denken verbannte.

Der Wahlkampf war müde. Aktuelle Themen wurden in keiner Weise aufgegriffen, das Problem der Subventionen der Kohleförderung (siehe CuS 1/95) hatte man noch rechtzeitig vertagt. Von allen Seiten Plattitüden: Die SPD eröffnet ihren Wahlkampf im Phantasialand Brühl, einem großen Freizeitpark. Die CDU versucht sich als Law-und-Order Partei mit einem smarten Kandidaten, der sich auf den Wahlplakaten in seinem eigenen Schatten zeigt. Die FDP leiht sich den Berliner Bären aus und plakatiert ihre zentrale Wahlausage „Platz für die Mitte“ in der Hoffnung, damit die Bürger zu erreichen. Die Bündnisgrünen erscheinen am Rand – ohne eine zentrale Wahlausage – mit großen Sonnenblumen auf ihren Plakaten. Die vielen anderen Parteien kommen über ihre eigene Namenswerbung nicht hinaus.

Und dann der Wahlabend: Er wird für die SPD zur Katastrophe (oder zur Chance?) mit nur (?) 46% der Stimmen. Damit ist die absolute Mehrheit weg. Landesfürst und Ministerpräsident Johannes Rau verweigert sich den Fernsehkameras und leckt mit seiner alten Garde die Wunden. Ein weiterer Schock: Es gibt aufgrund



der vielen Direktmandate für die SPD und die verlorenen Prozente keine Überhangmandate mehr und kein einziges Listenmandat. Das heißt für viele

Großkopferten der SPD, die ihren Wahlkreis nicht direkt gewonnen haben, der unerwartete Abschied aus dem Landtag. Fraktionschef Farthmann, Säule des rechten Gewerkschaftsflügels, verliert dadurch sein Mandat ebenso wie der mächtige Bezirkschef des größten SPD-Bezirks „Westliches Westfalen“, Arbeitsminister Müntefering. Auch Frauenministerin Ridder-Melchers scheitert, wie auch Innenminister Herbert Schnoor. Gezeitenwechsel und Depression in Düsseldorf.

Es braucht Tage, bis sich die SPD von diesem Schock erholt. Alles war erwartet worden, nur dies nicht. Allein der Gedanke an eine Rot-Grüne-Koalition in Düsseldorf war innerhalb der SPD bis zum Wahlabend absolut verwerflich. Lange wurden die Grünen ausgegrenzt (mit viel eigener Mithilfe!), und absolut undenkbar war der Verlust der Mehrheit mit Rau an der Spitze. Alles wurde auf ihn als Landesvater abgestellt – überlebensgroß die Plakate – Personalisierung als Programm (-ersatz?).

Das Spiel geht weiter, auch zwei Wochen nach der Wahl hat Rau sich nicht entschieden, die Regierung zu führen oder nicht. Die Koalitionsverhandlungen sollen dies ergeben, eventuell kann man dann dem politischen Gegner die Schuld geben, wenn an Rau unzumutbare

Forderungen gestellt werden und dieser dann zurücktritt.

Für eine genaue Analyse sind derzeit (28.5.) noch zu wenig Fakten offengelegt worden. Unübersehbar aber ist, daß das Potential der Nichtwähler (bei dieser Wahl 40%) steigt. Ein deutliches Signal der Politikverdrossenheit der Menschen, der Ausgrenzung von denen, die sich nicht als Lobby formieren und dadurch nicht in den Geuß von Parteiinteressen kommen.

Im SPD-Land NRW hat sich über Jahre hinweg ein Parteienfilz ausgebreitet, der sich bis in die kleinsten Verästelungen kom-

Die NRW-Grünen verfügen über eine Vielzahl von negativen Erfahrungen mit der „Beton-Fraktion“ der SPD. Hinzu kommt, daß viele Grüne früher Mitglied der SPD waren, und den „Laden von innen“ kennen. Diese Leidenserfahrungen sind auch die Hauptursache für einige „schwarzgrüne“ Bündnisse. Illustrieren mag dies die Äußerung eines Vertreters der Grünen in Datteln, einer Bergbaustadt am Nordrand des Ruhrgebiets, warum die Grünen im Stadtrat jetzt mit der CDU koalieren: „Wir haben in Datteln die Alternative gehabt, mit der CSU, die hier SPD heißt oder mit der CDU zusammenzuarbeiten. Da haben wir uns für die CDU entschieden“. (zitiert nach der Berichterstattung im WDR, Redaktion)

munaler Politik verzweigt. Sicherlich liegt die SPD im Ruhrgebiet immer noch im Schnitt bei 49% der Stimmen – doch auch hier brechen Fronten auf. In über 80 Kommunen des Landes gibt es nach der Kommunalwahl vom Oktober 1994 eine Rot-Grüne Koalition. Diese Entwicklung ist landesweit wenig beachtet worden – die Kon-

sequenz ist das Wahlergebnis vom 14. Mai. Die Arroganz der Macht beginnt jetzt zu bröckeln. Der Filz der Parteien geht zwar noch weiter – ob in kommunalen Versorgungsunternehmen, Kommunalverbänden, bei städtebaulichen Aufgaben. Überall gab und gibt es Absprachen zur Postenvergabe zwischen den Parteien. Doch werden jetzt die Bürgerinnen und Bürger verdrossener und wachsamer. Sicherlich ist dies ein Grund mit für den Erfolg der Bündnisgrünen, die aber selbst letztlich auch nicht gefeit sind vor dem Bazillus „Machtgefüge und Machtbewußtsein“.

In der letzten Legislaturperiode haben sich die Grünen im NRW-Landtag hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Wochenlang wurde z.B. über die Aussage der Grünen-Abgeordneten Beate Scheffler diskutiert, die behauptet, daß die antiautoritäre Erziehung im Gefolge der 68er Generation mitverantwortlich für die rechtsextreme Haltung vieler Jugendlicher heute sei. Aber die Grünen verkörpern trotzdem die Hoffnung für einen Teil der Menschen, daß umgesteuert wird und daß sie die Wirtschafts-Beton-Fraktion der SPD aufmischen können.

Garzweiler II wird zum Synonym der Auseinandersetzungen. Hier hatte die SPD ein großes Gebiet mit 14 Dörfern für den Braunkohletagebau freigegeben, um Arbeitsplätze zu sichern. (Hier sollen bis zum Jahr 2045 insgesamt 1,3 Milliarden Tonnen Braunkohle gefördert werden, d.Red.) Die Grünen plädieren für den Erhalt dieses Gebietes aus ökologischen Gesichtspunkten. Am Beispiel dieses Projektes wird zu beachten sein, wie die „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie“ (SPD-Wahlkampfbroschüre) vor sich geht.

In fast allen großen Städten des Ruhrgebietes liegt die Arbeitslosenzahl über 10%. Ebenso steigt die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe benötigen. Das Problem der Obdachlosigkeit und der verdeck-

„Garzweiler II ist ein 65 Quadratkilometer großes Gebiet am Niederrhein, das die Firma Rheinbraun ab dem Jahre 2006 abgraben will. Die Kohle, die dort 400 Meter tief im Boden liegt, soll in den Kraftwerken des Mutterkonzerns Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke (RWE) zu Strom gemacht werden. Am Niederrhein wird seit 50 Jahren Braunkohle gefördert. Doch noch nie hatten Wirtschaft und Politik mit so heftigem Protest zu kämpfen wie im Falle von Garzweiler II. Eine Koalition aus Bürgerinitiativen, Städten und Gemeinden, Naturschutzverbänden und Kirchen versuchen seit Jahren, die Genehmigung des neuen Tagebaus zu verhindern – vergeblich bisher. ... Fast 8000 Menschen sollen ihre Heimat verlassen. Die riesigen Baggerlöcher sollen trockengelegt werden, der Grundwasserspiegel in der Region wird vermutlich noch weiter sinken, als dies bereits durch den Tagebau Garzweiler I geschehen ist. Bedroht ist auch der Naturpark Maas-Schwalb-Nette nordöstlich des Reviere. Und die Braunkohle hat die schlechteste Ökobilanz aller Rohstoffe, die man zur Energieerzeugung verfeuern kann. (aus Publik Forum Nr.7/1995, S.17)

ten Armut schwillt überproportional an. Jugendlichen fehlt zunehmend die berufliche und gesellschaftliche Perspektive. Die Ausgrenzung eines Drittels der Gesellschaft ist längst Alltagsrealität geworden. Alles Themen, die in den Diskussionen zur Landtagswahl vergessen wurden. Vergessen? Oder waren sie nicht bürgerfreundlich?

Seit Jahren steht die SPD in NRW für den Ausbau des Individualverkehrs, für die Vernichtung von ökologischen Lebensräu-

men, für die Konzentration und Fusion von Industrieunternehmen (Beispiel Krupp-Hoesch) und für wenig durchschaubare Strukturen in den kommunalen Verwaltungen. Zwischen den Aussagen und Ansichten der Städte und Gemeinden und den Positionen der SPD als Ortspartei gibt es vielerorts keine Unterschiede. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) spricht sich für eine „große“ SPD/CDU-Koalition in Düsseldorf aus, da die Grünen sehr diffuse Äußerungen zu Kohlepolitik von sich geben. Die IGBE zieht offensichtlich die bürgerliche Machtkonzentration anstehenden politischen Veränderungen vor.

So könnte man die Wahl in NRW auch als Quittung der Wählerinnen und Wähler bezeichnen. Doch diese Quittung kann „weganalysiert“ werden. Denn am Wahlsonntag war ja Muttertag und außerdem schönes Wetter...

ANZEIGE

## Wider den Tod!

Zeitung für Betriebsethnologie  
und spirituelles Leben

Nr. 5

Sommer 1995

Epidemie Schwangerschaft

Außen cool - innen schwul: Banjee Boys in Amerika  
Rezension

Schlachtfest bei Maschine Mensch  
Ein Interview zur Bioethik

Absage ans Goldenen Kalb

Betriebsunfall 'Dritte Welt'?

Meditationen - Gedichte - Rezensionen -  
Kurznachrichten

ca. 64 Seiten - DM 4,50 (inkl. Porto)

Wider den Tod!  
c/o Café Nixda  
Raimundstr. 13  
55118 Mainz  
Fax: 06131/618670

Diese Thesen wurden auf einer Veranstaltung im Rahmen des „Katholikentages von Unten“ im Juni des letzten Jahres in Dresden vorgetragen.

## Kritik am real-existierenden Kapitalismus

### Teil I: Kapitalismuskritik aus der Sicht der sozialistischen Bewegung.

1.) Die sozialistischen Schriften und die Bibel haben das gleiche Schicksal: viele haben sie in der Wohnung oder im Keller, noch mehr glauben zu wissen, was drin steht, aber kaum jemand hat mehr als den Klappentext gelesen. Dies gilt sowohl für BefürworterInnen wie für GegnerInnen.

2.) Es gibt aus der mehr als 200-jährigen Tradition sozialistischen Denkens eine Vielzahl unterschiedlichster Kapitalismuskritiken. Die in der französischen Revolution entstandene Dreierheit „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ hat sich zu drei verschiedenen Strängen ausdifferenziert:

**Freiheit** ist als Hauptwert aufgenommen worden von der anarchistischen Bewegung, die hiervon ausgehend den Kapitalismus wegen seines Herrschafts- und Zwangscharakters kritisiert.

**Gleichheit** ist die Hauptkategorie der marxistischen Tradition, aus der sowohl die Sozialdemokratien (Stichwort: Chancengleichheit!) wie auch die leninistischen kommunistischen Parteien (Gleichheit = kein Privateigentum an Produktionsmitteln plus vormundschaftlicher Staat!) stammen. **Brüderlichkeit** ist vor allem von der Genossenschaftsbewegung aufgenommen und fortgeführt worden. Hier sollte eine andere Qualität des Lebens, der Zusammenarbeit und der Kultur erreicht werden.

3.) Bei aller Unterschiedlichkeit der Ansätze lassen sie sich heute in 3 Hauptgruppen einteilen: das Unterscheidungskriterium ist jeweils die Einschätzung des Kapitalismus als System:

– ein Kapitalismusbegriff, wie er etwa im SPD-Programm auftaucht, meint einen Kapitalismus ohne Krisen, mit Vollbeschäftigung, ökologischer Orientierung etc. Hier zielt die Kritik nur auf die Abweichungen vom „Schönwetter-Kapitalismus“.

– ein Kapitalismusbegriff, der die Kritik primär an der materiellen Verelendung bei uns und der 3/4-Welt festmacht.

– ein Kapitalismusbegriff, der neben der materiellen Verelendung auch die Dimensionen der Ökologie und der psychischen Verelendung integriert und insofern den Kapitalismus als Totalität faßt.

4.) Jede Kapitalismuskritik aus Sicht der sozialistischen Bewegung muß sich selbst prüfen, ob sie das bestehende System nicht mit Argumenten vorkapitalistischer bzw. faschistischer Sichtweisen kritisiert und insofern reaktionären und faschistischen Positionen Vorschub leistet. Hierzu einige schlaglichtartige Problemanzeigen:

a.) Die ökologische Bedrohung hat in der Zeit industrieller Massenproduktion eine andere Qualität bekommen. Daraus ziehen Teile der Ökologiebewegung den Schluß, wieder vorkapitalistische Produktionsweisen (klein, überschaubar, kommunitär, Selbstversorgung etc.) anzustreben. Daß es

in der Öko-Szene auch eine öko-faschistische Bewegung gibt, ist bekannt.

b.) Die Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland ist wichtig, aber wenn nicht der Internationalität des Kapitals eine solche der ArbeiterInnen entspricht, kommt dabei eine nationalistische „Standortsicherung“ heraus, ganz gleich ob es heißt „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter“ (NPD) oder „Sicherung des Standortes Deutschland“. Mittransportiert ist jeweils eine nationalbornierte Perspektive.

c.) Daß das Parteiengefüge der BRD sich auflöst und der Parteienstaat immer mehr seiner Legitimation verliert, ist augenfällig. „Parteienverdrossenheit“, eine Stimmung „gegen die in Bonn oder Brüssel“ etc. ist zu verzeichnen. Viele Linke stimmen in diesen Chor mit ein. Es gibt eine gefährliche Analogie zwischen dieser Art von populistischer Demokratiekritik und der Demontage des Weimarer Staates. Die Rechte bietet als Mittel zur „Reinigung des Staates (Ausmistern!)“ einen autoritären Ausweg an, was verfängt, da in „Bonn und Brüssel“ angeblich nur die falschen Männer sitzen. Die Linke müßte stattdessen feststellen, daß dort überhaupt nur die Vertreter sitzen, die

die Bevölkerung gewählt und akzeptiert hat, stellvertretend für sich. Daß also ohne Selbstmobilisierung und nur durch einen Austausch der Bürokraten, nichts besser wird!

d.) Gerade in kirchlichen Bereichen wird die These vertreten, daß die arbeitende Bevölkerung der Metropolen ihren Reichtum nur halten könne aufgrund der Ausbeutung der 3/4-Welt. Insofern sei sie aktiver Teil der kapitalistischen Ausbeutungsstruktur und als progressiver Faktor zu ignorieren. Demgegenüber sei Verzicht angesagt. Unter den derzeitigen Machtverhältnissen ist diese Position der Wunschtraum aller Unternehmerverbände.

### 5.) Was haben Sozialistinnen und Sozialisten heute am Kapitalismus zu kritisieren?

a.) Beispiele aus der Wirtschafts- und Sozialpolitik:

– Der Aufschwung kommt – aber ca. 3-4 Millionen Arbeitslose werden (mindestens) bleiben.

– Die Arbeit wird immer weiter verdichtet, der Streß und die Krankheiten nehmen zu, nur eine Minderheit geht mit 65 in Rente,



immer mehr scheiden vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus.

– Die Einkommensschere geht immer weiter auseinander, die Umverteilung von unten nach oben setzt sich fort.

– In den Produktionsentscheidungen geht es ungeachtet aller Ideologien nur um den Profit. Unternehmer sind in dieser Hinsicht völlig antinational. Die Zahl der Produktionsverlagerungen steigt rasant.

– Der Wert der Ware Arbeitskraft wird abgesenkt. Im Moment bereiten die Unternehmer eine weitere Runde der „Lohn- und Kostensenkungen“ vor. In den Betrieben und Büros werden die Belegschaften „abgespeckt“. Kranke, ältere Menschen, Alleinerziehende etc. bleiben auf der Strecke.

– Während über 500 Milliarden DM Kapital in der BRD keine Anlage findet, wird der Sozialstaat „verschlankt“. Leidtragende sind Millionen von SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen, Kinder etc.

– Der Anschluß der DDR hat sich für das westdeutsche Kapital zu einem Schlaraffenland entwickelt. Dank der Treuhand sind private Gewinne immensen Ausmaßes entstanden und die ebenso immensen Verluste wurden sozialisiert.

b.) Beispiele aus der Ökologie:

– Wasserverordnung (Pestizide),- Grüner Punkt, – Müllchaos

– Katalysator/Tempolimit,

– Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Folgen

– Tauschwert- statt Gebrauchswertorientierte Produktion (Verschleiß!)

c.) Beispiele für die zunehmende psychische Verelendung:

– seelische Verkrüppelung von Millionen

– Millionen von Alkohol- und Medikamentenabhängigen

– Strukturen einer süchtigen Gesellschaft: Rausch statt Realität

– Brutalisierung von Gesellschaft und menschlichen Beziehungen

– zunehmende Beziehungslosigkeit und Individualisierung

– Gewalt gegen Kinder, Frauen, sich selbst (Suizid)

– Zerrüttung und Auflösung der Familienstruktur, ohne daß Alternativen entstehen

– Sinn- und Wertkrise

d.) Beispiele aus dem Bereich Herrschaft/ Demokratie

– Der konservative Publizist Paul Sethe nannte die Pressefreiheit der 60er Jahre „die Freiheit von 200 Personen, ihre Meinung zu sagen“. Heute sind es eher weniger, wobei Personen wie Herr Kirch gleich 2 Fernsehsender betreiben. In der Kulturindustrie hat die Zentralisierung und Konzentration zu Super-Konzernen wie Bertelsmann geführt, Konzernen ohne demokratische Kontrolle.

– Der Staat, angefangen bei der kleinsten Kommune, ist oligarchisiert und entzieht sich zunehmend der Kontrolle selbst der Parlamente. Das Stimmvolk hat derart geringe Möglichkeiten der Mitbestimmung, daß zwangsläufig die Wahlabstinz und die „Politikverdrossenheit“ zunimmt. Die Verfassungsdiskussion seit 1990 macht deutlich, daß alles so bleiben wird, wie bisher. Versuche, die repräsentative Demokratie mit plebiszitären Elementen zu kombinieren, sind abgewehrt worden. Außerparlamentarischer Druck bricht sich immer mehr an den betonierten Strukturen der bürgerlichen Demokratie.

6.) Die drei Hauptforderungen der französischen Revolution müssen heute wieder zusammen gedacht werden. Die Vereinseitigung hat in der bisherigen Geschichte nur zu Katastrophen geführt.

*Peter Winzeler*

## Gollwitzer – die unmögliche Möglichkeit, Christ und Marxist zu sein

### Ein Nachdenken über Gollis Hinterlassenschaft

Von Gollis Lehrer Karl Barth stammt das treffliche Bonmot, man könne unmöglich „Christ und Marxist“ (oder Kommunist) sein, denn sonst würde man morgen unvermeidlich die Hemden wechseln und „Christ und Amerikaner“ oder „Christ und Faschist“ sein. Wenn ich jetzt von Gollis spreche, der hier dem Meister leibhaftig widersprach, hat dies den Sinn, daß ich nicht einfach den literarisch-antiquarisch gewordenen Gollwitzer bereden will, sondern nach einer lebendigen Person zurückfrage, die in einer seltenen Identität des Nicht-Identischen existierte, in sich scheinbar Unvereinbares oder doch Widersprüchliches versöhnte: Kirchenkampf und Klassenkampf, christliche Freiheit und Bürgerfreiheit, Glaube und Politik, Nächstenliebe und strukturverändernde marxistische Theorie und Praxis des Sozialismus. Es geht also nicht um ein theoretisches oder ideologisches System, das alle diese Elemente gleichmäßig umfaßte, sondern um einen Menschen in seinem Widerspruch, Aufbruch und Widerstand – veranschaulicht durch Ereignisse, Zitate und Literaturhinweise.

Das Aufregende ist, wenn ich an Gollis Umgang mit dem Marxismus denke, daß eigentlich alles sich bei ihm vorfindet, was über Marx je im Guten und Bösen gesagt worden ist: größtes Lob und tiefster Dank, aber auch Abscheu, Denunziation und

konservativste Fundamentalkritik. Hier die Behauptung, daß die für Marx „entscheidenden“ Sätze „völlig in der Luft hängen“ und in „schauerliche Anmaßung“, Diktatur und Verbrechen umschlagen müssen (6,167ff); dort aber die Rezeption, Revision und kühle Instrumentalisierung des Marxismus, unter Destruktion seines atheistischen Habitus und des pompösen „Diamat“ im ganzen. Dann wiederum die größte Affinität in Gollis eigenem Entwurf der Geschichte und gerade der Kirchengeschichte – als verdecktem Privilegien- und Klassenkampf der weißen Herrenrasse, auslaufend in einer avantgardistischen Konzeption christlicher Gemeinde als eines revolutionären „Vortrupps zum Leben“ inmitten des Befreiungskampfes der geplünderten Völker gegen und aus der Barbarei des Marktkapitalismus, was weit hinausgeht über eine nur oberflächliche Berührung mit Marx, sondern eher den Eindruck eines Theologen erweckt, der Marx mit Haut und Haaren in sich aufzog, ihn auch in der Bibelauslegung und Predigt mitreden läßt, ihn zum Prüfstein der christlichen Lehre macht.

Denn was sich vor Marx nicht ausweisen läßt, was seiner Wirklichkeitsanalyse nicht standhält, das steht eh im Verdacht, die Lebenswirklichkeit zu verfehlen, sie zu vernebeln, also auch die Menschwerdung Gottes nicht ernst zu nehmen: ein Ver-

dacht, den Gollwitzer auch gegen seine geliebten Kirchenlehrer wendet, zuweilen auch seinen gelehrigen Schülern mißtrauend, die aufweisen wollten, schon Karl Barth sei ein Marxist gewesen. Fragte der Sozialist Golli mich doch eines Tage zweifelnd, ob ich meinte, es sei nicht alles sinnlos gewesen, was er im Gefolge Karl Barths theologisiert habe, während er in seinen letzten Tagen wohl auch den Zweifel hatte, ob das vielgeschundene Wort „Sozialismus“ noch taugte, um seine christliche Existenz und Praxis hinreichend zu markieren.

Nun gut, man hat von Luther, Marx und Barth gesagt, sie seien „vielschichtige“ Persönlichkeiten gewesen, warum sollte man dies nicht auch Golli zugute halten? Nur ist es dann gar nicht einfach, sein ambivalentes Verhältnis zu Marx zu differenzieren, eine Vergleichsebene zu finden und deutlich zu sagen: Wo hat Golli der Verführung widerstanden, wo ist er ihr nicht verfallen und wo doch erst recht, wo streckte er die Waffen vor Bruder Marx, und wo verteidigte er ihm gegenüber bis zum Ende seine theologische Reserve und Freiheit? Mann kann auch lapidar fragen: Ob Golli denn als Lehrer taugte in dieser speziellen Gefährdung der theologischen Existenz, oder ob man nicht allen raten müßte, seine „Berliner Schule“ zu meiden.

## I

Ausgehen will ich von einem mich damals überraschenden und befremdenden Satz im Vorwort zu „Krummes Holz – aufrechter Gang“ (1970). In diesem ihm wohl wichtigsten Buch bestätigt Golli nochmals die konservative Auffassung, dem Marxismus – nicht nur ihm, aber auch gerade ihm, fehle entscheidend die Dimension der individuellen Sinnggebung im kollektiven Lebensvollzug. Der Einzelne, so pflegte Golli uns 68ern einzureden, ist im Marxismus ein winziges Maschinenrad im Getriebe, aber der soziale Fortschritt kann den

Lebenssinn für all die Gescheiterten oder Verheizten nicht ersetzen – und eben daraus erwächst das Monströse der materialistischen Geschichtsauffassung als eines Glaubens, der diesen Sinn erfüllen will und nicht kann, aber damit Einzelne oder ganze Generationen opfert, und nicht nur Christen, auch Kommunisten liquidiert.

Dennoch ist im Vorwort zu lesen, dieses Buch sei nicht gegen Marx geschrieben, sondern aus einer Position, die den christlich-marxistischen Dialog „schon hinter sich hat“ und „sowohl christlich, als auch marxistisch“ sein will. Diese Chuzpe war es, die mich an Gollis Buch faszinierte und ärgerte. Da war einerseits die klare Absage an jenen abgehobenen „Dialog“, der – irgendwo zwischen Moskau und dem Vatikan – um „christliche“ oder „atheistische“ Weltanschauung, Anthropologie und Eschatologie kreiste, und sich in meinen Augen wohl von vorneherein als Totgeburt erwies. Andererseits erschien es mir wenig glaubwürdig, ja als ein christlicher Taschenspieler- oder Rattenfängertrick, wenn Golli einfach behauptete, den Dialog schon hinter sich zu haben und auch für Marxisten verbindlich sprechen zu können – wie anmaßend gegenüber Gewerkschaftern und Partei-Marxisten, die trotz fehlenden Gottes- und Christusglaubens immer noch aufopfernd der Arbeiterklasse und ihrer schwer errungenen Staatsmacht die Stange halten wollten!

Einerseits kehrte die alte Anklage wieder, der Marxismus würde von der Geschichte zuviel erwarten und den Messianismus des jüdisch-christlichen Erbes überstrapazieren („Die marxistische -Religionskritik und der christliche Glaube“), und andererseits hörte ich wieder den ewigen Vorwurf, der Marxismus würde viel zu realistisch und diesseitig sein und doch an keine nahe Erlösung der Menschen von Sünde, Tod und Teufel glauben, er müsse darum vor dem Nichtigen resignieren,



*Gollwitzer unterstützte in den 80er Jahren die Hausbesetzer. Demonstrativ zog er in ein besetztes Haus in der Kreuzberger Arndtstraße.*

während Christen diese eschatologischen Kleinigkeiten mit ihrem Christus ja längst in der Tasche haben (oder doch zu haben glauben).

Und nun war ich dabei, in Kapitalkursen zu lernen, daß es beim reifen Marx eine Anthropologie gar nicht gibt, in deren Rahmen Gollwitzers Sinnfrage angebracht wäre, weil der Mensch immer schon „im Ensemble“ seiner sozialen, ökonomischen oder auch sexuellen Verhältnisse lebt, wogegen sich die abgespaltene Sinnfrage als typische Ausdrucksform der bürgerlichen Existenz und ihrer Entfremdung vom wirklichen Leben darstellt, somit als typisches Überbau-Phänomen einer religiösen oder ideologischen Sinnproduktion. So war es für mich analytisch-marxistisch noch nicht angebracht, abstrakt nach „dem Sinn des Lebens“ zu fragen, statt nach den Verhältnissen zu fragen, die den Lebensvollzug

hindern – zumal auch angesichts des gewichtigen Satzes von Karl Barth, daß das Wort Gottes unserm Leben den Sinn gerade abspricht, uns von der quälenden egoistischen Heilsfrage befreit, um uns etwas ganz anderes wie Vergebung, Hoffnung und Trost zuzusprechen: als Angeld auf die noch anstehende Erlösung aller Menschen in Natur und Geschichte.

Golli, der dies alles wohl wußte, schien mir wieder zwischen den Fronten zu schwanken und hinter die Marx'sche und Barth'sche Religionskritik zurückzufallen. Doch bei allem Ärger über seine Voreiligkeit, einen Dialog womöglich schon abzubauen, der auf Basis des Marx'schen „Kapital“ vielleicht erst noch Platz greifen sollte, fand ich mich doch als Schüler vor, der sich Gollis Postulat zu eigen machte, (ob besser, steht dahin)..., der also zu den Christen gehörte, die Marx und Jesus nicht mehr so genau auseinanderhalten konnten.

Damals fand ich mich durch Marquards Studie über „Theologie und Sozialismus bei Karl Barth“ besser belehrt, weil diese auch die gesellschaftlichen Verhältnisse mit in den Gottesbegriff theologisch ins Denken der Christen induzierte und so auch die theologische Sinnproduktion materialistisch analysierte. Golli hat dieses Buch durch seinen persönlichen Einsatz verteidigt und aus biografischen Erinnerungen ergänzt, aber mein Respekt vor Golli als marxistischem Theoretiker stieg erst wieder an, als seine Studie über die „kapitalistische Revolution“ nachlieferte, was er den marxistischen Gesprächspartnern schuldig geblieben war, indem er auch den ökonomischen Marx aktualisiert rehabilitierte. Im Rückblick erscheint mir Gollis Sinn-Buch freilich als ebenso unverzichtbar wie das Lehrstück über die sich zu Tode siegende „kapitalistische Revolution“, hat Golli doch mit einem fast prophetischen Gespür das Scheitern des Realsozialismus antizipiert.

Die Frage ist nun, wie dieser Übergang zu verstehen sei: vom dezidierten Antimarxisten der 50er Jahre zum Christen, der sich demonstrativ als „Kommunist marxistischer Prägung“ bekennt. Wie verhält sich die frühe Kritik des gottlosen „Systems“ des atheistischen Materialismus zur späteren Kritik des nicht weniger gottlos-materialistischen „Systems“ der global erweiterten Reproduktion des Kapitals durch den grenzenlosen Weltmarkt und seine Diktaturen: Wie Golli nun mit Hilfe von Marx, Lenin, Rosa L., Keynes, E. Mandel, E. Althusser oder R. Bahro u.a. den real existierenden Kapitalismus dechiffrierte? Soll man biografisch von einem Bruch reden, von einer „Bekehrung“? Oder nur von der peinlichen Umkehr des bisherigen Weltbildes? Handelte es sich um das Blindgängertum des ach so „spontanen“ und identifikationsfreudigen Theologen, der im Eifer seiner Ablehnung des Antikommunismus so weit ging, daß jeder Feind seines Gegners ihm zum Freund wurde?

Ich meine, daß Golli kein uranfänglicher Marxist war (wiewohl er als Wandervogel z.B. K.A. v. Wittfogel las), sondern eher widerstrebend dahin geführt wurde, „wohin du nicht willst“, wobei es wohl Einschnitte und Zäsuren gab, aber keinen Bruch, sondern eine zäh verteidigte Kontinuität auch im Wandel der Zeiten und in scheinbarer oder wirklicher Diskontinuität.

a) Was sich von Anfang durchhält, ist das Ja zur marxistischen Religionskritik als einer Herausforderung zur christlichen Selbstkritik, sofern Marx eben mit Recht den Gott der „natürlichen Theologie“ des Bürgertums verwirft und die fatalen Staats- und Klassenanbindungen der Kirche aufdeckt. **Der Atheismus war ja kein spezifischer des Sozialismus.** Wenn Marx durch Hegel und Feuerbach so schlecht belehrt wurde, was das unaufhebbare Gegenüber

von Gott und Mensch, Schöpfer und Geschöpf in einer lebendigen Ich-Du-Beziehung angeht, so war das nicht Marx zum Vorwurf zu machen, sondern fällt auf die liberale Theologie und ihren heimlich selbst praktizierten Atheismus zurück.

Christen dürfen nicht Marx anlasten, was sie sich selber am meisten vorzuwerfen haben. Sie können nicht das Recht auf soziale Revolution verneinen und selber die ärgsten Diktaturen errichten. Auf dieser Linie wird der Nationalsozialismus zur großen Zäsur in Gollis Biographie: Liberalismus, Nationalismus und antijüdisches Christentum haben dieser Barbarei den Weg bereitet und damit das jüdische Erbe auch im religiösen und marxistischen Sozialismus verraten. Die für den Nationalsozialismus bezeichnende totalitäre Struktur, die jede humane sozialistische Alternative ausschließen will (und so chiliastisch das Ende der Geschichte verkündet), setzte sich aber auch in der Frontenbildung des Kalten Krieges fort und wird von Golli am Ende als Wesensmerkmal des Globalkapitalismus analysiert, der den Sozialismus in jeder Form vereiteln will.

b) Was sich ebenso durchhält, ist die Unterscheidung von westlichem Antikommunismus hier und marxistisch-stalinistischem Kommunismus dort. Zwischen beiden besteht viel Ähnlichkeit, aber keine Symmetrie, keine beliebige Umkehrbarkeit und Austauschbarkeit, sondern Asymmetrie – und dies, wiewohl beide sich zutiefst im Unrecht befinden und gemeinsame „totalitäre“ Strukturmerkmale aufweisen (vgl. H. Arendt). Der Realsozialismus ist Folge, nicht Ursache des Kapitalismus, der Stalinismus eine Folge, nicht die Ursache der technischen Naturbeherrschung und -zerstörung. Man kann nicht sagen, daß Gollwitzer für die Menschheitsverbrechen des Stalinismus blind gewesen wäre, aber das Wesen der Feindbildprojektion, die das Böse, das sie selber zu tun im Begriffe ist,

zuerst beim Gegner wahrnimmt, das hat Gollwitzer bei den Christen stets deutlicher gesehen (und als unverzeihlicher empfunden), als bei den Marxisten. Und wegen dieser Tendenz wollte er zuerst bei sich selber widerstehen.

Dazu kommen glaubensmäßige Unterschiede. Die Welt des Antikommunismus ist a fond nihilistisch: Sie nimmt jede Lüge, jede Gemeinheit und jeden Völkermord in Kauf, um den ihr gefährlichen Gegner auszurotten, sie kennt keine Schranken von Recht und Moral und kann auch mit dem „Zentrum des Bösen“ (Moskau) paktieren, wenn es ihren Profit-Interessen dient. Der Marxismus, zumal in der stalinistisch-militaristischen Deformation, legitimiert und bestätigt diese Feindbild-Projektionen, er wird selber durch sie verzerrt und in seiner Perversion befestigt, aber darunter leidet, verdirbt und erstirbt der Sozialismus, geht die Substanz der Hoffnung und Humanität verloren, die ihn beseelt. Der westliche Nihilismus mag blind triumphieren, aber der Osten wird wieder auf Dostojewski, Tolstoi oder Berdjajew zurückgeworfen, wo die tieferen Quellen Lenins liegen, **wie Golli seit den 20er Jahren wußte.**

– Umso mehr sind Differenzierungen innerhalb des Marxismus nötig – theoretisch zwischen dem Marx des „Kapitals“ und der eher weltanschaulichen Naturdialektik eines F. Engels, dann zwischen Lenin und Rosa in Fragen des Kolonialismus, Imperialismus und der sozialistischen Demokratie, dann praktisch die Unterscheidung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen realisierten, verfehlten und unterdrückten Möglichkeiten des sozialistischen Weges. Die DDR hat Golli nie mit dem Stalinismus der 30er Jahre gleichgesetzt. Diese Differenzierung ist gerade für eine realdemokratische Opposition im Westen lebensnotwendig wie die Luft zum Atmen, wenn sie die stalinistischen Pervertierungen vermeiden will. Gollis Marx-Kritik geschieht

also nicht rechthaberisch und nicht l'art pour l'art, sondern zur Begründung des in den Zentren des Kapitals zu vollziehenden Widerstands gegen den Kalten Krieg, die Atomrüstung und den globalen Unterwerfungsanspruch des Imperialismus.

So gehört Gollwitzer – ob gewollt oder ungewollt – zu den Vätern eines westeuropäischen Marxismus: nicht um den Sowjetmarxismus selbstgerecht zu verdammen, sondern um eine demokratisch-sozialistische Alternative freizulegen, die nicht mehr dem despotischen Zwang der nachholenden Industrialisierung mit allen ökologischen Verheerungen unterliegt. Auf dieser Linie aber wurde die Komplizenschaft der westlichen Demokratien bei der blutigen Unterdrückung des dritten Weges – erst in Prag 68, dann noch mehr in Chile 73 – für Golli zur Zäsur, ja zum Fanal eines auch den bewaffneten Widerstand nicht mehr ausschließenden Befreiungskampfes der armen Völker, auf die Golli die alten sozialethischen Kriterien vom „gerechten Krieg“ übertrug.

– Und nicht genug! Was sich bei Golli – ich möchte sagen: theologisch-christologisch – durchhält, ist das Nein zum reinen Ideal eines sündlosen „utopischen Sozialismus“. Es gibt für Golli nur **einen** sündlosen Menschen im Fleisch der Geschichte. Dieses Nein! des Gerichtspropheten wird zuerst mit tiefen Vorbehalten gegen ein innerweltliches Erlösungsziel des Marxismus begründet und mit dem Zweifel, daß schon die Verstaatlichung der Produktionsmittel einen „neuen Menschen“ schaffe, aber dann tritt immer mehr mit Gottes Ja zum wirklichen Menschen in den Vordergrund, wie er leibt und lebt und mit Herz und Magen der noch unerlösten „Welt der Sünde“ unterliegt (Barmen 3). Das wäre eine jämmerliche Theologie, die nur jenes Nein und nicht dieses Ja auf der Palette hätte. Weil Gott in Jesus Christus Mensch geworden ist, ist dem christlichen Theologen „nichts

Menschliches fremd" (1974). Gollwitzer ist kein blauäugiger Edelkommunist, der einem utopischen Software-Sozialismus huldigt und die Gewaltfrage als harte Existenzfrage des Realsozialismus links liegen lassen könnte. Gollwitzer weiß als Parteigänger des frühen Barth (des 1. Römerbriefkommentars, 1919), daß jedes revolutionäre Engagement ein ständiges Auf- und Abarbeiten der „unerlösten Reste“ der Naturgeschichte der Menschheit ist, und er weiß gerade als christlicher Dogmatiker, daß jedes Gute in diesem „Mischmasch von Irrtum und Gewalt“ (Goethe) mit dem Bösen schwanger geht. Golli kritisiert die Arroganz der vermeintlich unschuldigen radikal-utopischen Linken und ihrer Sekten, die sich der Mühen des real-sozialistischen Aufbaus nie unterziehen mußten und sich über deren blutige Irrtümer weit erhaben wähnen. Auf dieser Linie wurde auch die Begegnung mit den **Menschen** des Realsozialismus – erst in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, dann in Westberlin und Prag – zur Zäsur in Gollis Biographie, die seine grundsätzliche Solidarität begründet: auch wenn er sie nie vorbehaltlos praktizierte.

Was sich durchhält und intensiviert, ist der **Imperativ zu Dialog und Bündnissen** über die Grenzen der so ungleichen und doch so ähnlichen Systeme hinweg: sei es im weltanschaulichen Dialog oder in der politischen Verbündung von weltanschaulich differenten Gruppen, sei es in der blockübergreifenden Anti-Atom-Bewegung oder in der gerade in den USA und in der schwarzen Theologie verwurzelten Anti-Vietnamkriegs-Bewegung, in der Ökumenischen Bewegung von Genf 1966 und Uppsala 1968, in der westdeutschen und französisch-existenzialistischen Studentebewegung oder in der multinationalen Friedensbewegung der letzten Dekade. Die Hoffnungen müssen sich verbinden und bestärken, die Feindbilder sich gegenseitig relativieren – und zwar von jeder Partei an

ihrem Ort. Es ist im Westen unendlich leicht, den Osten zu kritisieren, aber es ist unendlich schwer, die eigene Welt des „freien Marktes“ mit ihren tödlichen Implikationen zu durchschauen. Zwar standen Systemkritiker und Dissidenten des Ostens (wie Machovec, Havemann, Bahro) Golli näher als SED-Konformisten, dennoch stehen wir vor der Tatsache, daß Golli auch vom Berufsverbot betroffene DKP-Mitglieder von der Solidarität nicht ausnahm und sich deshalb ausdrücklich als „Kommunist marxistischer Prägung“ bekannte.

– Das letzte in dieser Reihe der kontinuierlichen Elemente ist die konkrete Zielbestimmung der Entscheidungen des christlichen Glaubens und marxistischen Denkens in Gollis Person, Theologie und Politik. Golli hat hinzulernt, er hat den ökonomischen und ökologischen Marx besser kennengelernt, immer deutlicher trat die ökologische Katastrophe in den Vordergrund seiner Kapitalismuskritik: „Entweder wir schaffen den Kapitalismus ab, oder er schafft uns ab“. Gleichwohl vergißt Golli nicht, was seine frühesten Stellungnahmen bestimmte.

Selbst in seiner Kritik des linken Anti-sowjetismus (im „Argument“, 1979) finden wir nochmals alles versammelt, was er je triftig gegen Marx, Lenin und Stalin und die zentralbürokratische Kriegswirtschaft (die Kopie des deutschen Militarismus) vorbrachte und was unverzichtbar zur linken Diskussion über Solschenyzzin und den Gulag gehört – nur dominiert jetzt die präventive Parteinahme für den totgerüsteten und in einer demokratischen Entwicklung gehemmten Sozialismus, der sich nur waffenstarr im Armenhaus konsolidierte, aber doch notwendig „ausscherte“ aus dem Weltmarkt und seinen Hungerkatastrophen: was nur um den Preis der Verelendung der Zweiten Welt und zum Schaden der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt wieder rückgängig zu machen wäre.

Auch das sind prophetische Sätze von großer Nüchternheit, die zeigen, daß es Golli jetzt nicht mehr um die christliche Abrechnung mit Marx zu tun ist, sondern um die Rettung seines sowohl innerlich bedrohten, wie auch von außen zum Scheitern gebrachten Menschheits-Unterneh-

mens. So wurde Golli vom Zusammenbruch des Realsozialismus keineswegs überrascht, aber er erlebte dessen Liquidation nicht als eschatologische Befreiung, sondern als nihilistische Katastrophe der westlichen Freiheit, die nochmals die Sinnfrage in der sozialistischen Praxis aufwarf.

## Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahreszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: BRSD, Pf. 25 21, 72015 Tübingen

Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM  im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.:  bis

Heft Nr.:  /bis auf Widerruf für

Name  
und  
Anschritt:


zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM  im Jahr

BestellerIn:


Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Wie ist der Christ Gollwitzer in diesen Rückschlägen zu verstehen, wie hat er den Untergang des Realsozialismus verdaut? Eine überraschend klare Kontinuität gab es auch in der theologischen Marxkritik und Marxrezeption im engsten Sinne, die es Golli ermöglichte, seine Linie allem zum Trotz durchzuhalten – ich meine, auch über die Wende von 1989 hinaus. Was bleibt, ist sein Glaube, daß das Evangelium vom jüdischen Befreier Jesus nicht zur Entschärfung, Widerlegung oder Unschädlichmachung, sondern zur Radikalisierung der von Marx eingeschärften Menschheitsfragen antreibt. Christen sind aufgerufen, diese Radikalität zu bewahren – auch dort, wo die Marx'-

schen Thesen „völlig in der Luft hängen“, weil sie aus einem Naturgesetz des ökonomisch-technischen Fortschritts in der Tat nicht zu begründen wären. Auch als marxistisch denkende Sympathisanten „glauben“ Christen nun einmal nicht an Lenin, Stalin, Gorbatschow, sie hängen ihr Herz nicht an Idole, um alsbald bittere Enttäuschungen zu erleben, sondern sie vertrauen dem Christus, der am Kreuz die tiefste Gottverlassenheit durchlitt.

Christen – hörten wir – kann nichts Menschliches fremd sein, auch nicht die Erfahrung des Nichtigen, das Jesus ans Kreuz und bisher noch jedes sozialistische Experiment zum Scheitern brachte. Weil sie davon wissen, geben Christen ihren (biblischen) „Sozialismus“ nicht auf, wenn Le-

nin, Rosa oder Gorbi scheitern, sie haben noch ein anderes Reservat, eine andere „Provinz“ (Schleiermacher), nicht als Rückzugsmöglichkeit in ein unversehrtes Seelenleben, das von Katastrophen und Niederlagen unberührt bliebe, aber sie erfahren das Jenseits des vom Tod erstandenen Befreiers als unbesiegbare „Kraft des Diesseits“, des sich nie und nimmer Abfindenkönnens mit der Welt, wie sie ist, oder im Bann des Nichtigen auf ewig „zu sein“ vorgibt. Dieses Nichtige ist eine reale Gefahr und es verkehrt die Güte der Schöpfung ins Gegenteil, es kann die ganze Erde in den Abgrund reiten. Ihm ist aber in Christus Jesus – für Golli – ein unüberwindlicher Überwinder erwachsen, der sogar Siege des Nichtigen in dessen Niederlagen und wiederum Niederlagen des Befreiungskampfes in Siege verwandelt, wovon Golli ganz kindlich und lutherisch singen kann: „und ist kein anderer Gott, das Feld muß er behalten“.

Zugegeben: so ganz einfach geht diese Post auch bei Golli nicht ab, auch da gab es Wendungen, Bekehrungen, weil er dieses „Jenseits“ zunächst überweltlich transzendierend dachte und die Reich-Gottes-Erwartung Jesu erst allmählicher jüdischer und sozialistischer faßte: im Sinne einer egalitär-geschwisterlichen und gewaltfreien Gesellschaft (ob man sie dereinst sozialistisch oder ökologisch nennen wird, ist egal). Der Realgrund dieser *conversio contra Lutherum* aber ist und bleibt derselbe: der im Juden Jesus manifeste Wille Gottes, der uns unwiderruflich zu Mitwissern des göttlichen Geheimnisses in Bezug auf die Schöpfung und alle Menschen dieser Erde macht. Dieses einmalige „Datum“ in der Menschheitsgeschichte schließt es aus, daß unsere Welt dem Nichtigen preisgegeben wäre. Es begründet die Hoffnung des Glaubens, daß ihre Befreiung im Messias Jesus schon letztgültig vorweggenommen, vorabgebildet und „vollbracht“ sei, so daß sie

nicht mehr bloße Utopie ist, sondern zur realen Möglichkeit des menschlichen Tuns in der Nachfolge wird.

Es würde zu weit gehen, dieses dogmatische ABC von Golli Hören und Tun in allen Einzelheiten zu entfalten. Die Frage ist nur, was sie in Bezug auf den Marxismus bedeutet, der ja auch zu der endgültig von Vernichtung bedrohten, aber auch zu der in Jesus schon endgültig geretteten Welt gehört.

Zum Abschluß will ich die Antithesen dieser Gemengelage zusammenstellen, ohne schon nach harmonischer Auflösung zu suchen. Es wäre sinnlos, den lebenslangen Widerstreit des Christseins und Marxistseins in einer biografischen „Entwicklung“ einzuebnen, wo Golli sich vom Bösen zum Guten – oder umgekehrt: vom christlichen Guten zum (marxistischen) Bösen fortentwickelt hätte. Das Monstrum Marxismus behielt stets beide Bedeutungsmöglichkeiten, sowohl des großen Versprechens eines **radikal Guten**, das auf Erlösung vom Nichtigen zielt, wie des großen **Verbrechens**, das in der Verkehrung dieses Guten im „radikal Bösen“ (Kant) besteht, das nie und nimmer gutzuheißen, als „menschlich“ zu entschuldigen und vor Jesus Christus und allen Opfern zu rechtfertigen ist.

Stellen wir zunächst A und B gegenüber:

A. Der „Diamat“ (Dialektischer Materialismus, Red.) ist und bleibt eine unheilvolle ideologische Konstruktion von Wirklichkeit mit in sich geschlossenem, totalitärem Charakter und gefährlichen androzentrischen und metaphysischen Implikaten. Er treibt nicht nur methodischen, sondern nihilistischen Atheismus. Er krankt nicht nur am vulgärmaterialistischen Weltbild der Physik, sondern auch am Erbe des Idealismus und seiner Vergottung des Menschen als eines

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:


Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

- eine einmalige Spende in Höhe von DM ,
- die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,
- die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM  im Jahr von meinem

Konto bei der (Kreditinstitut)

BLZ  Konto-Nr.  einzuziehen.

Datum:  Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein  Neu-Abo  Alt-Abo

großen ICH ohne DU und als „Herr seiner selbst“. Das Nichtigte wird hier verharmlost zum dialektischen Übel in der glorreichen „Negation der Negationen“, die auch Menschenopfer billigend in Kauf nehmen muß. Von daher kann man unmöglich biblischer Christ „und“ Marxist sein: Christus-Glaube und modernes Entwicklungsdogma sind unvereinbar. In dieser Verfallenheit ans Nichtigte ist der Marxismus genauso monströs wie das abendländische Christentum und verkennt die Wirklichkeit der jüdischen Gottesoffenbarung. Wer diesem Monstrum auf den Leim geht, wer seiner Religion verfällt, wird stumpf und wahrnehmungsunfähig in zentralen Lebenslagen, ja zum Gefangenen des tödlichen Systems, aus dem Christus uns befreit hat.

B. Aber derselbe Marxismus wirkt befreiend, heilsam und gut, wenn er kritisch an seinen originären Quellen erfaßt und am Juden Jesus relativiert wird. Er bezeichnet und enthüllt dann die menschliche Wirklichkeit, in der Gottes Wort „Fleisch“ geworden ist. Er stellt dafür kritisch-analytische Methoden bereit, denen auch theologische Forschung und Lehre der Kirche und der Welt des Christentums sich unmöglich verweigern kann. Wer nicht hindurchgeht durch das Fegefeuer der ökonomischen Kritik, dem bleiben lebenswichtige Aspekte des unmenschlichen Gefangenseins in der kapitalistischen Weltgesellschaft verborgen, auch der wird zum Apperzeptionsverweigerer (= verweigert die bewußtseinsmäßige Aufnahme der Realität, Red.) und Lügner, der die wirklichen Abhängigkeiten nicht wahrhaben will, der Offenbarung und Aufklärung widerstrebt und einem Götzenbild des Marktes und seiner Natur verfällt. So ist es für Christen kein tödlicher Zwang, aber befreiende, ja heilsame, rettende Pflicht, mitwissende und mitdenkende Marxisten zu werden – sie wären undankbar, wenn sie „Das Kapital“ nicht lesen,

sich nicht von Marx belehren und infizieren lassen.

Wenn man diese Gegen-Sätze A und B auf sich wirken läßt, muß man sagen, daß ihre Dialektik universal ist und aufs Ganze geht und nicht an zufälligen Konstellationen, Geschichtstrümmern und strategisch-taktischen Fehlern im Klassenkampf hängt. Golli sagt A und B, Nein und Ja zum ganzen Marx. Er unterwirft sich nicht dem Klischee des „undogmatischen Marxismus“, der den ökonomischen Marx nur als Steinbruch benutzt, als ob man die ideale humanistische Utopie bejahen, aber die ökonomische Verwirklichung ins Unendliche vertagen könnte – oder das Ganze so in tausend Stücke zerlegen, wie es die historische Kritik mit der Bibel zu tun pflegt. Marx hat nicht den Rang der Propheten, aber er ist zu lesen, zu durchforschen, ob nicht auch die Entschleierung des „Kapitals“ von Gottes Offenbarung zeuge, zu den „Lichtern“ und „wahren Worten“ im Weltgeschehen zähle (Barth).

Derselbe Marxismus – in all seiner theoretisch-praktischen Vielfalt – nimmt im Bösen und Guten an der Befreiungsgeschichte Gottes mit den Menschen teil. Er tut es bald entsetzlich gesetzlich, indem das Gute, das er meint, vom Bösen verkehrt wird, und er tut es bald aufklärend, human und befreiend, indem selbst seine korruptierten Gestalten noch vom Guten zeugen, das er meint und stets neu in Angriff nimmt. Das Recht, das Kirchenhistoriker selbstredend beanspruchen, muß auch dem Sozialismus konzidiert werden. Das reformationsbedürftige, weil zur mörderischen Häresie verkommene „Christentum“ muß im „Marxismus“ (-Leninismus) sein Spiegelbild, seinen notwendigen Widerpart und Bundesgenossen entdecken, ja selbst dem real existierenden Sozialismus seine Mitschuld bezeugen.

Ich formuliere darum eine letzte These, ein christliches C, das diese ganze Dialektik

von Gericht und Gnade umfaßt, ohne in einer billigen hegelschen Synthese auszulaufen.

C. Auch die Dialektik des Marxismus nimmt teil an der Christen bekannten Dialektik von Gesetz und Evangelium (Luther) bzw. Evangelium und Gesetz (Barth), die Golli als Einheit sehen wollte. Christen, die marxistische Denkmittel gebrauchen, und Marxisten, die theologische Denkmittel anwenden lernen, können auch bei Marx evangelisch zwischen der guten Wegweisung, tödlichen Zwangsgesetzen und der Befreiung zum Leben unterscheiden, um zu der von Jesus gelebten Einheit von Theorie und Praxis zu finden. Diese revolutionäre Pflicht verträgt keinen Schematismus, als ob nur Christen für das Evangelium empfänglich wären und als ob alles Gesetzliche vom Bösen wäre. Gut, evangelisch, befreiend ist auch die Thora mit ihren ökonomischen und ökologischen Geboten, somit auch die strukturelle „Notwendigkeit“ in der Lehre von Karl Marx, wenn sie nicht freiheitstötend aufgefaßt wird.

Unevangelisch, gesetzlich und tödlich kann es sein, wenn die Lehren vom „freien Willen“, vom freien Individuum und vom „freien Markt“ so sehr über alle sozialökonomische Vorsorge und Planung triumphieren,

daß ganze Gemeinwesen und der Planet daran zugrunde gehen. Es gibt kein narrensicheres Rezept (wie Luther wußte), es ist immer ein Element von Eingebung und Gnade, wenn die Unterscheidung und die wiedergefundene Einheit von Gesetz und Evangelium – oder: VON MENSCHLICHKEIT, BÜRGERFREIHEIT UND SOZIALER GERECHTIGKEIT gelingt. Es gibt kein tabuisiertes Element im Marxismus, das von dieser Revision auszunehmen wäre, es ist auch der Markt kein Tabu, das auf keine Weise sein darf, sowenig es Elemente gibt – auch der marktökonomischen Kritik – die nicht durch marxistische Vernunft gebessert und neu fundiert werden könnten. Christen, die so oft die Verräter der Sache Jesu waren, nehmen solidarisch teil an dieser innersozialistischen Klärung und Diskussion über eine partizipatorische ökumenische Alternative, nicht indem sie dem neoliberalen Markt-Götzen huldigen, sondern indem sie radikale Befreiungshoffnung der Armen von der Wurzel – vom Menschen (nämlich von dem Menschen: Jesus) – her zu erneuern suchen.

*Peter Winzeler schrieb in CuS 4/89: „Von der Ökumene des Profits zur Ökumene Jesu Christi“.*

### An unsere Leser!

Ab 1. April erscheint unser Blatt gemäß einem in Frankfurt gefaßten Beschluß unter dem Titel:

### „CHRIST UND SOZIALIST“

Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir kein „erbauliches“ Blatt im üblichen Sinne sein wollen, sondern aus christl. Verantwortung zu den Fragen des Sozialismus Stellung nehmen wollen. In der ersten Nummer werden wir vor allem die Jugendfrage behandeln und es werden dabei eine Reihe jugendlicher verschiedener Richtung selbst zum Worte kommen. Wir bitten nach wie vor darum, für unser Blatt auch in dieser neuen Aufmachung zu werben. Der Zugang war in den letzten Wochen ein erfreulicher, aber wir dürfen in der Werbung immer noch nicht nachlassen.

Es stehen noch einige Bücher von Ragaz und Blumhardt als Werbeprämien zur Verfügung.

Ferner bitten wir noch einmal, bei Briefen und Zusendungen, für die wir durchaus dankbar sind, Rückporto beizulegen, falls Antwort oder Rücksendung gewünscht wird.

*Aus dem Sonntagsblatt Nr. 6 von 1949*

## Obdachlosigkeit und Wagenburgen in Berlin – ein notwendiger Nachtrag

In Heft 4/93 von CuS berichteten wir ausführlich über die Vorgänge in der von Obdachlosen errichteten „Wagenburg am Engelbecken“ in Berlin. Auf die polizeiliche Räumung folgte die Einrichtung einer Mahnwache und ein Hungerstreik. Die Ereignisse von 1993 haben jetzt ein Nachspiel: Am 25. Januar 1995 erhielten drei TeilnehmerInnen der Mahnwache eine Ladung vor das Amtsgericht Tiergarten. Vorgeworfen wird ihnen „Verkehrvergehen“ und „Verstoß gegen das Versammlungsrecht“.

### Zur Erinnerung:

1989/90: Auf dem ehemaligen Mauer-  
gelände zwischen Kreuzberg und Berlin-  
Mitte (Waldemarstraße) nahe des brachlie-  
genden Geländes am „Engelbecken“ ent-  
steht die Wagenburg.

1991: In einer Presseerklärung vom 22.  
Oktober warnen die beiden katholischen  
Gemeinden St. Michael (Ost und  
West) vor einer absehbaren ge-  
waltigen Räumung und unter-  
breiten ein Vermittlungsangebot.  
Ende November erhalten die Be-  
wohnerInnen an der Waldemar-  
straße eine auf 2 Jahre befristete  
Duldungszusage des Bezirkes Mit-  
te, der einen Betrag von 30.000  
DM bereitstellt.

1993/94: Der Bezirk Mitte  
kündigt die Räumung des Engel-  
beckens an. Das Angebot, nach  
Karow im Bezirk Pankow (am  
nördlichen Ende der Stadt) in die  
dortige Wagenburg umzuziehen,

lehnen die Waldeburger, wie  
sie sich nennen ab. Sie wollen  
in ihrem vertrauten Kiez blei-  
ben, wo sie sich notdürftig  
akzeptiert fühlen. Am 7. Ok-  
tober räumen 1100 Polizisten  
das Engelbecken. Eine gegen



Schwester Maria (rechts) während der Mahnwache 1993



den Räumungsbeschuß erwirkte einstweili-  
ge Verfügung beim Landgericht wird vom  
Bezirk nicht anerkannt und auf Antrag  
beim Verwaltungsgericht verworfen. Die  
Wohnwagen werden fast komplett auf den  
Platz in Karow transportiert und von der  
Polizei bewacht, um eine Rückkehr zum  
Engelbecken zu verhindern. Aufgrund der  
Räumungsaktion treten mehrere Men-  
schen, die mit den Obdachlosen solidarisch  
sind, darunter viele ChristInnen, in einen  
Hungerstreik.

Ab 9. November wird der Hungerstreik  
als Mahnwache vor dem Roten Rathaus,  
dem Sitz des Berliner Regierenden Bürger-

TeilnehmerInnen der Mahnwache. Darauf-  
hin unterschrieben 45 Menschen folgende  
Selbstanzeige:

*Vor dem Amtsgericht Tiergarten ist ein  
Strafprozeß gegen drei Personen anhängig...  
der am 6. April 95 ... verhandelt  
werden soll.*

*In der Anklageschrift wird ... beschul-  
digt, daß sie „die Mahnwache gegen die  
Räumung der Wagenburg am Engelbecken  
und gegen die Vertreibung der Armen aus  
der Stadt“ auf dem Marx-Engels-Forum in  
Berlin-Mitte nicht bis zum 6. 11. 93, 24  
Uhr, aufgelöst hätte. Sie war dort nicht al-  
lein. Wir wollten die Fortführung der  
Mahnwache und haben dies auch durch  
das Verteilen eines Flugblattes an die an-  
wesenden Polizeibeamten zum Ausdruck  
gebracht ...*

*Wir hielten diese Form der Erinnerung  
an die Opfer der Wohlstandsgesellschaft  
für gut und notwendig.*

*Über 20.000 Menschen sind in Berlin  
obdachlos; diese Zahl droht in Zukunft bei  
den steigenden Mietpreisen noch gewaltig  
zu steigen. Doch obdachlose Menschen  
sollen im öffentlichen Stadtbild nicht zu  
sehen sein und werden deshalb überall,  
wo sie Schutz suchen, z.B. in den Bahnhö-  
fen, von Polizei und privaten Sicherheits-  
diensten vertrieben.*

Dieser Vertreibung setzten wir uns ak-  
tiv oder unterstützend mit dem in der  
DDR-Zeit bewährten Mittel einer Mahn-  
wache zur Wehr. Dieses friedliche Mittel  
der Erinnerung an eine offene gesellschaft-  
liche Frage war den Politikern ein Dorn im  
Auge. Einer wünschte unseren Abtransport  
im Krankenwagen. Sie ließen die Mahn-  
wache, trotz polizeilicher Erlaubnis bis En-  
de Januar 94, am Sonntagmorgen, den 7.  
11. 93 um 10.15 Uhr räumen, als sie sicher  
waren, daß es nicht viele Zuschauer gab.

Wir sehen in diesem Mißbrauch poli-  
zeilicher Gewalt gegen eine gewaltfreie  
Meinungsäußerung, die von vielen Men-

1995: Im Januar dieses Jahres erging  
die eingangs erwähnte Ladung gegen drei

schen in der Stadt getragen wurde, eine Zerstörung politischer Kultur, ein Beiseiteschieben der Erinnerung an eine viele beunruhigende Frage. Keiner der verantwortlichen Politiker hatte auf unsere Anfrage hin Stellung genommen. Sie haben, ohne auf ein höheres, die Meinungsfreiheit einschränkendes Gut hinzuweisen, einfach die gewaltsame Beseitigung erinnernder Menschen angeordnet. Statt diesen Gewaltmißbrauch anzuklagen, wird eine Frau aus der Mahnwache herausgegriffen, und es soll wohl ein Exempel errichtet werden.

Wir verwehren uns entschieden gegen diesen Einschüchterungsversuch, der gegen uns alle gerichtet ist. Wir zeigen uns hiermit selber an, damit deutlich wird, daß wir gemeinschaftlich zu der Durchführung der Mahnwache standen und stehen und wir es weiterhin wichtig für eine demokratische Gesellschaft halten, daß Menschen öffentlich ihre Meinung friedlich zum Ausdruck bringen können.

Wir fordern das Gericht auf, entschieden die freie Meinungsäußerung in der Gesellschaft zu schützen und uns alle von der staatsanwaltlichen Anklage freizusprechen.

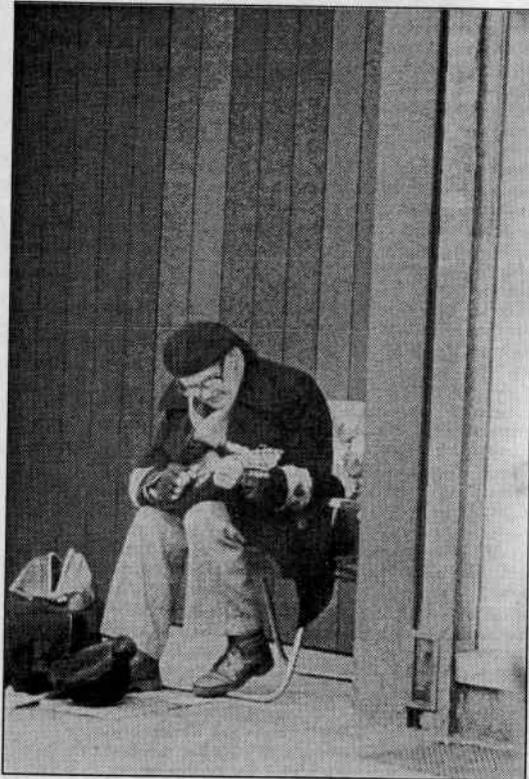
Wir greifen auch deshalb zu der Form der Selbstanzeige, weil wir darüber beunruhigt sind, daß in Punkt 1 der Anklage ... als sogenannte „Leiterin der Mahnwache“ aufgrund von nachweislich falschen polizeilichen Aussagen von der Staatsanwaltschaft angeklagt wird. Viele Fotos belegen das Gegenteil. Wir wehren uns gegen diese Vorgehensweise: „Irgendetwas bleibt schon hängen.“

Und wir sind beunruhigt, daß dasselbe Gericht im Januar 95 Pfarrer Joachim Ritzkowski zu 2.500 DM auf Bewährung verurteilt hat, weil er einem Obdachlosen zu einer

Meldeanschrift verhelfen wollte, und das, obwohl die zuständige Politikerin vor Gericht ausgesagt hat, daß sie die Kirchengemeinden um diesen Dienst wiederholt gebeten hätte.

Wir wollen dem Gericht mit unserer Selbstanzeige Gelegenheit geben, Recht und nicht, wie wir im obigen Falle meinen, Unrecht zu sprechen.

Der Prozeß gegen die drei Angeklagten wurde nicht, wie angekündigt, am 6. April eröffnet, sondern zunächst einmal verschoben. Die Staatsanwaltschaft erklärte zu der Selbstanzeige Ende März, die Teilnahme an der Mahnwache sei kein strafbares Delikt und werde nicht verfolgt.



Wulf Schade

## Katholisch – konservativ – progressiv

### 50 Jahre Tygodnik Powszechny (TP)

Offenheit und Konsequenz Andersdenkenden gegenüber war es, die mich sehr verblüfft sein ließ, als ich 1986 diese Zeitung kennenlernte. Zwar hatte ich schon während meines Studiums von ihr gehört, aber ihr nicht viel Beachtung geschenkt, war sie doch katholisch und eng mit dem jetzigen Papst verbunden, also logischerweise – so dachte ich – reaktionär und jedem gesellschaftlichen Fortschritt verschlossen. Aber sehr schnell mußte ich feststellen, daß zwar die gesellschaftlich-politischen Vorstellungen von TP über die westlichen bürgerlich-demokratischen Staaten sehr idealistisch waren und nicht den Realitäten entsprachen, aber daß die moralischen und demokratischen Grundlagen dieser Zeitungsredaktion nicht nur annehmbar, sondern vorbildlich waren.

#### Der Anfang

„Tygodnik Powszechny“ – das heißt „Allgemeines Wochenblatt“. Unter diesem Titel erschien am 24. März 1945 in Polen eine Zeitung, die sich in ihrem Untertitel als sozialkulturelle katholische Zeitschrift charakterisierte. Sie wollte eine apolitische, überparteiliche Zeitung sein, die auf der Grundlage der katholischen Wahrheit christlichen Einfluß in der Gesellschaft ausüben wollte – so legte sie ihre eigene Aufgabe in der ersten Nummer fest. Zwei Personen leiteten die Zeitung: Jerzy Turowicz, der vor dem Krieg einer offenen Strömung des Katholizismus angehörte und Chefredakteur der Tageszeitung „Głos Narodu“ (Volksstimme) war, sowie der eigentliche Leiter als Vertreter der Kirchenhierarchie in

der Redaktion, der Priester Jan Piwowarczyk, Professor für katholische Ethik und im Vorkriegspolen Anhänger einer grundlegenden Landreform. Nach und nach bildete sich um diese Zeitung und der seit 1946 erscheinenden und TP nahestehenden Monatszeitschrift „Znak“ (Das Zeichen) eine gesellschaftspolitische Strömung heraus, die als Znak-Gruppe bis in die 70er Jahre hinein einen festen Namen hatte.

#### Katholisch, aber offen

Zwei Strömungen prägten die Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ anfangs: Eine liberale, gesellschaftlichen Veränderungen offen gegenüberstehende, humanistische, aber antikommunistisch und eher bürgerlich-demokratisch orientierte Strömung, sowie eine zweite ausgeprägt konservativ-katholische Strömung, die aber gleichzeitig den nationalistischen wie auch antisemitischen Charakter der Endecja, der Hauptvertreterin der katholisch-konservativen Vorkriegsströmung, ablehnte. Verbindendes Band zur liberalen Strömung war ihre Auffassung, als Christ in der Gesellschaft zu wirken, was sich aus ihrer personalistischen Sicht des Katholizismus ergab.

Sie vertrat die Auffassung, daß der einzelne Mensch keine Verbindung zwischen Gott und sich herstellen könne, wenn er keine christliche Beziehung zu seinem Mitmenschen und seiner gesellschaftlichen Umgebung, auch der nichtkatholischen, herstellt. Anders ausgedrückt: Die Verbindung zu Gott drückt sich in der Verbindung zu anderen Menschen aus. Vorbild für diese Sicht des Katholizismus, den man auch

offenen Katholizismus nannte, war der Begründer des französischen Personalismus, Emmanuel Mounier. Die Redaktion von TP war sich in der Auffassung einig, daß nicht der militante Kampf gegen die Errichtung des neuen volksdemokratischen Systems zu organisieren war, sondern der Kampf um die Köpfe, aber auch darin, daß das alte System der Vorkriegszeit deutlicher Korrekturen bedurfte. Obwohl die damalige traditionalistisch, autoritär geneigte Kirchenhierarchie die personalistische Konzeption, die die Redaktion dominierte, im Grunde ablehnte, ließ sie die Redaktion unter der Leitung von Jerzy Turowicz weitgehend frei walten.

Die Arbeit der Redaktion wurde sehr bald von zwei Seiten angegriffen. Der traditionelle, stark nationalistisch orientierte Vorkriegskatholizismus wollte den offenen, auch kontroverse Meinungen zulassenden Katholizismus nicht akzeptieren, wie er sich auch in folgendem Zitat aus TP von Anfang 1949 ausdrückte: „Ich denke, daß alles in Ordnung ist, wenn Ziolkowski verkündet, daß die marxistische Weltanschauung richtig ist und daß nur der sozialistische Realismus uns großartige Literatur liefert, dagegen kann ich nicht meinen, daß alles in Ordnung ist, wenn er sagt, daß der sozialistische Realismus verpflichtend ist“, schrieb im Frühjahr 1949 der Chefredakteur Jerzy Turowicz in einem Bericht über den Schriftstellerkongreß in Szczecin (zit. nach Magazyn Gazety v. 24.3.1995, S. 8).

Auf große Empörung stieß ein bereits im Herbst 1945 (!) als „Artikel zur Diskussion“ bezeichneter Aufsatz des konservativen Stefan Kisielewski, in dem dieser den Warschauer Aufstand von 1944 als zwar mutig, aber unverantwortlich nannte, den die „Warschauer Jugend mit Hekatomben von Blut bezahlte, alle Bewohner Warschaus mit unersetzlichen moralischen und materiellen Verlusten, darüberhinaus Polen mit dem Verlust der Hauptstadt, und zu-

sammen mit ihr einen großen Teil seiner schöpferischen und intellektuellen Kraft“ (zit. nach Magazyn Gazety v. 24.3.1995, S.7).

Aber auch von der Regierung und der sie bestimmenden Partei, der PVAP, wurde TP angegriffen. Zuerst begann man mit inhaltlichen Polemiken durch von der Regierungspartei beeinflusste Zeitungen und Zeitschriften gegen TP, die diese auch erwiderte. In dieser Zeit waltete die staatliche Pressezensur noch relativ großzügig, die z.B. das Erscheinen des Grundsatzartikels von Stanislaw Stomma und Jerzy Turowicz im Dezember 1950 unter dem Titel „Katholiken in Volkspolen“ zuließ, in dem es hieß: „Stellen wir die Sache so dar, wie sie ist, ohne Andeutungen und mit ganzer Offenheit: Wir sind weder Marxisten noch Sozialisten. (...) Katholiken haben den Willen, loyale Bürger gegenüber dem den Sozialismus aufbauenden Staat zu sein. Aber das bedeutet nicht, daß sie das sozialistische Ideal als ihr eigenes anerkennen müssen.“ (zit. nach Magazyn Gazety v. 24.3.1995, S.7). Knapp eineinhalb Jahre später, nach der Weigerung, in der TP ein Loblied auf Stalin nach dessen Tod zu singen, wurde vom volksdemokratischen Staat die alte Redaktion um Turowicz ausgeschaltet und die Zeitung der staatstreuen katholischen Vereinigung PAX zur Herausgabe übergeben. Diese vom polnischen Episkopat nicht als katholisch anerkannte Vereinigung scheute sich nicht, diese schmutzige Arbeit zu verrichten.

Wenn man diese ersten acht Jahre der Zeitschrift TP betrachtet, so kann man feststellen, daß sich hier bereits die positiven Elemente abzeichneten, die sie heute prägen: Sie ist offen gegenüber anderen Meinungen, achtet sie, auch wenn sie deren Inhalte nicht teilt, setzt sich mit diesen Inhalten auseinander, aber nicht, ohne gleichzeitig die eigene Meinung konsequent zu vertreten und für sie die gleiche

Achtung einzufordern. „Tygodnik Powszechny“ fordert ihre Leserinnen und Leser zur eigenen Meinungsbildung auf, wobei

schen Versprechungen zu glauben. Sie war bereit, an der weiteren Entwicklung Polens mitzuarbeiten und sandte über die Nationale Einheitsfrontliste (Front Jednosci Narodu) mehrere Vertreter in das polnische Parlament Sejm. Die Znak-Strömung verteidigte im Januar 1957 in einem Artikel im TP ihre Maßnahme vor der konservativen katholischen Öffentlichkeit deutlich:

„1. An der Spitze der Partei stehen heute Menschen mit guten Absichten, einem gesunden Verstand und erprobtem Patriotismus.

2. Die derzeitigen Wahlen sind deutlich besser als es die vorherigen waren, und der aus ihnen



sie auch Ansichten veröffentlicht, mit der die Redaktion mehrheitlich nicht einverstanden ist, wenn sie diese Meinung als für das Land und die Meinungsbildung wichtig erachtet. Der oben genannte Artikel von Kisielewski ist hier ein Beispiel. Ein weiter herausragendes Kennzeichen war und ist ihre ökumenische Orientierung. Sie versucht, andere Religionen zu verstehen und deren Grundzüge ihren Leserinnen und Lesern verständlich zu machen, wie auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.

#### Offen für Veränderungen

Nach den Ereignissen des Polnischen Oktober im Jahre 1956, als der polnische Sozialismus nach Massenprotesten in Poznan zu grundlegenden demokratischen, aber sozialistischen Reformen gezwungen war, war auch die Strömung um TP und Znak bereit, die neue Führungsspitze um Gomulka zu stützen und ihren demokrati-

hervorgehende Sejm wird mit Sicherheit den Stimmungen und den Meinungen der Gesellschaft näher sein als die vorherigen. Auf jeden Fall wird das in ihm Gesagte in unserem Lande und im Ausland gehört werden.

3. Wir wollen Polen nicht regieren oder im Sejm die Mehrheit haben, wir wollen aber dort ANWESEND sein und die Ansichten und Tendenzen der katholischen Gesellschaft sowie der Menschen, die die marxistische Weltanschauung nicht als die ihre erachten, ausdrücken.“ (zit. nach Magazyn Gazety v. 31.3.1995, S.15).

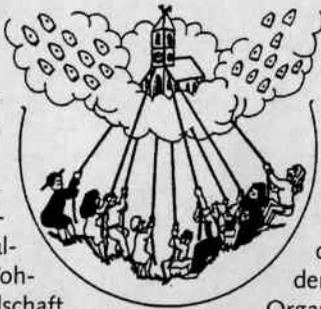
Sie gingen sogar davon aus, daß die damals Herrschenden tatsächlich ihren Rat wollten, denn sie schrieben weiter: „Falls wir den Polen lenkenden Marxisten irgendetwas für das Land und die Gesellschaft nützlich raten können, dürfen wir uns nicht zurückhalten. Und der Raum zur Beratung wird eben der Sejm sein.“ (zit. nach Magazyn Gazety v. 31.3.1995, S.15)

In dieser Zeit wurde auch der für diese Strömung charakteristische Begriff des Neopositivismus geprägt, der die Akzeptierung der volksdemokratischen Realität mit der festgelegten Machtstruktur beinhaltet. Man war bereit, zum Wohle des Landes und der Gesellschaft

seinen Beitrag zu leisten, solange die eigene, hier die katholisch-bürgerliche Identität nicht verleugnet werden mußte. Ende der 70er Jahre, nach der Auseinandersetzung um eine neue Verfassung, sah man dies nicht mehr gewährleistet und zog sich aus dem Sejm zurück. Man war aber weiter bereit, auch in Zukunft mitzuarbeiten, wenn bestimmte Voraussetzungen gewährleistet waren, wie die Teilnahme am „Runden Tisch“ im Frühjahr 1989 zeigte.

#### Konsequent bis heute

Über nun fünf Jahrzehnte hinweg war und ist die Auseinandersetzung mit einem eng verstandenen, den einzelnen Menschen bevormundenden Politik- und Erziehungsverständnis ein kennzeichnendes Merkmal von TP. Hierbei war es gleichgültig, ob die Bevormundung von Seiten des Staates oder der Katholischen Kirche kam. Unterschiede wurden in der Form gemacht, denn dem Staat stand man oppositionell gegenüber, der Kirche nicht, nur einigen Positionen innerhalb der Kirche. Vor dem Jahr 1989 gebrauchte man oft Geschichtsereignisse, um das Problem „als Individuum und als Christ in der Gesellschaft verantwortlich zu leben“ zu diskutieren. So hat mich sehr der Artikel vom Januar 1987 „Die armen Polen schauen aufs Ghetto...“ von Jan Blodski beeindruckt, womit TP eine Diskussion über das Verhältnis der polnischen Menschen zu den Jüdinnen und Juden im Zweiten Weltkrieg eröffnete (s.



hierzu den Artikel W. Schades im vorherigen Heft von CuS).

Natürlich stieß diese Haltung bei den nationalkatholischen Kreisen auf heftige Ablehnung, wie auch bei den Nationalkonservativen der herrschenden Partei um die Organisation Grunwald und die

Zeitung „Rzeczywistosc“ (das heißt bezeichnenderweise „Die Wirklichkeit“), was sich in den nachfolgenden Stellungnahmen ihrer Repräsentanten nachdrücklich zeigte. Deutlich war das Bestreben zu spüren, ein heiles Polenbild zu erhalten und die Bevölkerung vor ihrer Meinung nach schädlichen Einflüssen zu schützen. Gleichzeitig ist dieser Beitrag Blonskis aber ein weiteres Beispiel für den Kampf der katholischen Strömung um TP gegen den Antisemitismus und Nationalismus. TP agierte auch hier während seiner 50 Jahre immer mit eindeutigen Positionen, ohne in das andere Extrem zu verfallen, Polen und den polnischen Katholizismus als im Grunde antisemitisch oder nationalistisch zu bezeichnen.

Als Beispiele seien hier nur die ausführliche und sehr differenzierte Stellungnahme von Jerzy Turowicz zur Auseinandersetzung zwischen jüdischen Organisationen und der polnischen katholischen Amtskirche Ende der 80er Jahre um die Errichtung eines katholischen (Karmeliterinnen-) Klosters am Rande des KZ Auschwitz genannt, sowie die Berichterstattung um die vom polnischen Episkopat an die (Ukrainische) Unirierte Kirche als Hauptkirche übergebene Kirche in Przemysl Anfang der 90er Jahre, die von antiukrainischen, nationalistischen Ausbrüchen begleitet war, welche auch von Kirchenkreisen unterstützt wurden.

Nach 1989 begann die Diskussion innerhalb des katholischen Spektrums offener zu werden. Die Rolle der Laien und der Geistlichkeit innerhalb der Kirche werden

heftigst diskutiert. Und wieder steht die Frage: „Wieviel Selbständigkeit im Denken und Entscheiden wird dem einzelnen Menschen zugebilligt?“ im Mittelpunkt. Ein Beispiel hierfür ist die folgende Übersetzung.

„Die Geistlichkeit“ (Auszüge) von Priester Jozef Tischner, Tygodnik Powszechny 19 (2287) v. 9. 5. 1993, S.16.

Ich habe gesagt, daß ich in meinem Leben niemanden getroffen habe, der seinen Glauben <an Gott, d. Übersetzer> nach dem Lesen von Marx oder Lenin verloren hat, aber ich traf viele, die ihn nach dem Treffen mit ihrem Priester verloren haben. Diese Aussage rief viele Proteste hervor. Unter anderem diese.

<Viele Leute gebrauchen die Priester einzig zur Taufe und zur Beerdigung. Die heilige Messe, Beichte, Kommunion – ähnlich wie die Vermittlung der Priester – haben sie nicht nötig. Für Gott reiche es aus, zu wissen, was Leute glauben. Ganz sicher daran, daß ihr Kind getauft werden muß und später, wenn das Leben zu Ende ist, daß man beerdigt werden muß. Von dem, was ich weiß, verliert gerade dieser Typ Leute am häufigsten wegen eines Priesters den Glauben an Gott. Denn dieser empört sich das eine ums andere Mal gegen diese Behandlung, als Nur-Exorzist bei Geburt und Tod behandelt zu werden. Es erscheint mir als unmöglich, einen an Gott glaubenden Menschen zu treffen, der wegen irgendeines Priesters seinen Glauben an Gott verliert. Wäre das doch eine Sache, die sich selbst ein Philosoph (außer Priester Tischner) nicht zu träumen wagen würde.> (Andrzej Troszyński in: Przegląd Katolicki, Nr.9/93.)

Nun gut (...) Weshalb spreche ich darüber? Nach meiner Äußerung „über

die Priester“ hörte ich: <Warum darüber sprechen? Weshalb den Gegnern der Kirche Munition liefern? Sprich darüber während der Andachtsbesprechungen (na rekolekcjach) mit den Priestern.> Ich antworte: Beträfe das nur irgendeinen Fehltritt einer einzelnen Person, könnte man die Angelegenheit gütlich regeln oder die eventuell Geschädigten an den Bischof verweisen. Aber das ist nicht eine gewöhnliche Verfehlung eines Einzelnen. Die Angelegenheit geht tiefer. Das ist nur die Spitze des Eisberges. Deshalb müssen wir (alle) fragen: Sind wir, die Geistlichen, wir, die Geistlichkeit, fähig zum Dialog mit Andersdenkenden?“ (Übersetzung Wulf Schade)

TP steht heute, wie bereits in der Vergangenheit, für eine tabulose, aber sachlich abwägende, ohne leichtfertige Verurteilungen aussprechende Publizistik. Sie unterscheidet sich dabei wohltuend von der aggressiven, teilweise tumb klerikalen Publizistik vieler (nicht aller!) katholischer Zeitungen, wie beispielsweise der eher nationalistischen Wochenzeitung „Lad“, was bezeichnenderweise auf Deutsch „Ordnung“ heißt oder der Tageszeitung „Slowodzienik katolicki“, die unter dem Patronat des Erzbischofs von Warschau, Primas Kardinal Jozef Glemp erscheint und vorher unter dem Titel „Slowo Powszechno“ eine Zeitung von PAX war. Es verwundert aber die Naivität, die bei TP bezüglich der Macht und Moral der „zivilisierten demokratischen Staaten“ gegenüber herrscht. Zwar sieht man durchaus Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit, aber tut diese als marginal ab. Hier scheint man sich vor der Konsequenz, mit der man mutig in der Vergangenheit die eigenen Realitäten betrachtete, diskutierte und kritisierte, zu scheuen.

## Solidarität International

### Carlos Vanzetti und die deutschen Entwicklungsdienste

Etwa seit Dezember 1994 wendet sich die „Initiative für den Aufbau einer internationalen Solidaritäts- und Hilfsaktion“ an die interessierte Öffentlichkeit. Wir verfolgen diese Initiative und ihre Resonanz mit Interesse und etwas Skepsis. Wir bitten die Leserinnen und Leser von CuS, sich zu dem Vorhaben zu äußern und sind für Stellungnahmen dankbar.

Carlos Vanzetti ging in Tübingen aufs Gymnasium, wo sein Vater Theologie-Professor war. Der Bruder von Carlos Vanzetti ist heute Professor für Mathematik in Deutschland, Carlos Vanzetti selber heißt mit bürgerlichem Familiennamen Fuchs und arbeitet seit ca. 15 Jahren als Arzt in Nicaragua. Er verdient dort heute etwa 25 Dollar pro Monat als Chef der Neurochirurgie im staatlichen L. Fonseca-Hospital in der Hauptstadt Managua. Weitere 350 Dollar verdient er sich dadurch hinzu, daß er Sprechstunden für die Wohlhabenden im privaten Krankenhaus der Baptisten in Managua abhält. So kann er in Nicaragua ein Leben führen, wie es in Deutschland ein Assistenzarzt führen würde.

Bis 1979 war Carlos Vanzetti einer der besten Neurochirurgen in Deutschland, bewohnte in Berlin eine 7 1/2-Zimmer-Wohnung, hatte zwei Sekretärinnen und ein Ferienhaus in Schweden. 1979, vor dem Sieg der sandinistischen Revolution, entschloß er sich – in Deutschland ein „heimatloser Linker“ – auf gut Glück nach Nicaragua zu reisen, um als Arzt die Revolutionäre zu unterstützen. Nach dem Sieg der Revolution wurde er irgendwann von der GTZ, der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, als Entwicklungshelfer in Nicaragua eingestellt mit einem Gehalt von

damals 3000 DM. Die GTZ entließ ihn, weil man in Deutschland in der Illustrierten Stern ein Foto publiziert hatte, das ihn in seinen Berliner Tagen bei einer Demonstration zeigte mit schwarzem Hemd und rotem Stern. Anschließend stellte ihn DÜ, der evangelische Entwicklungsdienst „Dienst in Übersee“, für ein paar Jahre ein. Auch diese Anstellung wurde beendet, nachdem Carlos Vanzetti sich bei einem Gespräch in der Zentrale von DÜ in Stuttgart grundsätzlich von jeglicher Anwendung von Gewalt distanzierte.

Was hat das mit der „Initiative für den Aufbau einer internationalen Solidaritäts- und Hilfsaktion“ zu tun? Viel!

#### Die Grundsätze der „Initiative für den Aufbau einer internationalen Solidaritäts- und Hilfsaktion“

Der zweite (der sieben) Grundsätze lautet (aus den am Beispiel Carlos Vanzetti beschriebenen Erfahrungen heraus): „Die Unterstützung schließt keine Form des Kampfes aus, die von der Masse der Menschen getragen wird“. Wenn also die Bevölkerung eines Landes die revolutionäre Form des Kampfes gewählt hat (wie die Indios in Mexiko oder die „grüne Revolution“ auf den Philippinen), so will die Initiative auch diese Form des Kampfes unterstützen.

Die Initiative schreibt in ihrem Aufruf vom 10.12.1994:

„Wer kennt sie nicht, die Bilder von Landbesetzungen und Volksaufständen in Lateinamerika? Wer erinnert sich nicht an die Menschenketten und Demonstrationen gegen Rassismus und Neofaschismus? [...] Wen betrifft nicht der Widerstand gegen die drohende Umweltkatastrophe oder der Kampf gegen die Zerstörung des tropischen Regenwaldes?

Oft werden die Kämpfe unabhängig voneinander geführt. Sie richten sich aber mehr und mehr gegen denselben Gegner: Gegen internationale Großkonzerne und Banken, ihre Regierungen und ihre internationalen Institutionen wie den Internationalen Währungsfond, die Weltbank, den UNO-Sicherheitsrat und das Welthandelsabkommen GATT. Diese Kämpfe gehören zusammen! Sie spielen sich ab vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung der Produktion, der weltumfassenden Kommunikation und der global spürbaren Umweltzerstörung.“

#### Neue Wege der Solidarität?

Die Initiative kritisiert an den bisherigen Solidaritätsbewegungen, daß sie meist aus den Industrieländern kamen und sich auf bestimmte Länder konzentrierten, z.B. Vietnam, Nicaragua, Philippinen. Sie glaubt, daß angesichts neuer Produktionsmethoden, neuer Kommunikationsmittel usw. auch neue Wege der Solidarität gefunden werden müssen. „Die großzügige Unterstützung der einen für die anderen ist an ihre Grenzen gestoßen. Wir müssen heute alle voneinander lernen, ob im Industrieland oder in einem Entwicklungsland. Deshalb geht es heute um gegenseitige Hilfe und Unterstützung. Aber wie oft geschieht das noch nebeneinander, unabhängig voneinander, wo das doch zusammengehört? Der Kampf der Landarbeiter von Chiapas, Mexiko, geht uns genauso an wie

der Streik der Bergleute im tiefen Rußland – und umgekehrt“.

„Solidarität darf weder abhängig machen von denen, die sie üben“ – so heißt es in dem Aufruf – „noch darf sie zum Hebel der Zensur gemacht werden. Für uns gibt es nur eine einzige Bedingung: Hilfe zur Selbsthilfe, also Unterstützung von Widerstand und Kämpfen von unten für Selbstbefreiung und Selbstorganisation! Und deshalb informieren wir, wo die herkömmlichen Medien schweigen. [...] Jedoch braucht die neue Solidarität ein beständiges, solides, festes und wirksames Fundament. [...] Wir arbeiten mit Initiativen in allen Ländern zusammen und fördern sie, die solche Organisationen der internationalen Solidarität aufbauen wollen. [...] Zahlreiche nationale selbständige Verbände werden gleichberechtigt und einvernehmlich die Hilfe und Unterstützung koordinieren und ihr dadurch die notwendige internationale Kraft und Wirksamkeit verleihen“.

Die Initiative will auch auf dem Kirchentag in Hamburg vertreten sein. Vielleicht hat/te der eine oder die andere die Gelegenheit, sich mit dem Anliegen der Gruppe zu beschäftigen oder hat Interesse, die Materialien in Berlin anzufordern. Kontaktadresse ist der Arzt Klaus Huber, Hasenheide 17, in 10967 Berlin. Wie gesagt: CuS ist an Ihrem Eindruck interessiert.

## Wilhelm Schümer Kriegsdienstverweigerung in der Nazi-Zeit

Während der diversen 50-Jahr-Feiern des Kriegsendes war das Schicksal der Deserteure und der Kriegsdienstverweigerer der Nazi-Jahre nur ein Randthema. Es wäre für die deutsche Justiz und die sie tragenden Kräfte zu gefährlich, wenn dieses Thema stärker ins öffentliche Bewußtsein gelangte, wenn die Bilanz dieser Justiz gezogen würde. Es ist eine Bilanz des Terrors, nahezu 30.000 Todesurteile fällte die Militärjustiz, von denen ca. 20.000 vollstreckt wurden. Werden die Urteile des NS-Volksgerichtshofes und der diversen „Sondergerichte“ gegen Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und „Wehrkraftzersetzerinnen und -zersetzer“ hinzuaddiert, ergibt sich eine Gesamtzahl der Todesurteile von ca. 50.000.

Daß der NS-Staat Deserteure physisch vernichtete, lag in der Logik des Systems. Von Hitler stammt der Satz „Der Soldat im Krieg kann sterben, der Deserteur muß sterben!“ Die evangelischen Kirchen machten hier keine Ausnahme. Auch die Bekennende Kirche (BK) war verfangen in Obrigkeitdenken und einer militaristischen Tradition. Erinnert sei hier an die uns heute unverständliche freiwillige Meldung des KZ-Häftlings und U-Boot-Kommandanten des 1. Weltkrieges, Martin Niemöller, der am 7.9.1939 (eine Woche nach dem deutschen Überfall auf Polen) den Befehlshaber der Kriegsmarine Raeder, bat, den Dienst in der Marine wiederaufnehmen zu dürfen. Er blieb im KZ.

Andere, die einberufen werden sollten, gelangten aufgrund der Militärdienst-Verweigerung in die Konzentrationslager. Zu

nennen sind hier viele Mitglieder der Zeugen Jehovas. Aber es gab auch einige Fälle in der evangelischen Kirche. Warum es nur einige Fälle blieben, machte der Berliner Altbischof Kurt Scharf, während der NS-Zeit Mitglied des Reichsbruderrates der BK, in einem mir unvergeßlichen Vortrag während meines Theologiestudiums (etwa 1986) deutlich. Nach meinen Aufzeichnungen erklärte er es so: „Wir haben 1939, gedrängt von einigen <Jungen Brüdern> die Frage der Kriegsdienstverweigerung behandelt. Wir haben es nicht gewagt, dazu aufzurufen, weil wir fürchteten, daß es dann viele Hinrichtungen geben würde. Heute muß ich sagen, daß wir schuldig geworden sind. Hätten einige hundert oder auch tausend Pfarrer ihr Leben gegeben, vielleicht wäre der Tod von Millionen Menschen verhindert worden. So sind nur einzelne, wie Bruder Stöhr ihrem Gewissen gefolgt und haben getan, was wir alle hätten tun müssen“.

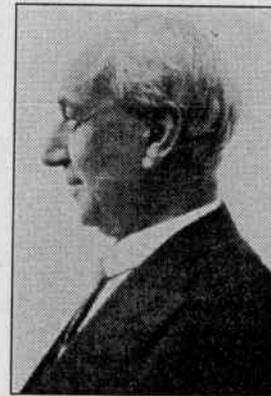
Den Fall des Pazifisten Hermann Stöhr, der 1940 hingerichtet wurde, hat Eberhard Röhm in seinem 1985 erschienen Buch „Sterben für den Frieden“ dargestellt. Um einen anderen Fall, um Dr. Wilhelm Schümer, soll es im folgenden gehen.

Ich bin auf Wilhelm Schümer bei der Quellenrecherche im Rahmen meiner Doktorarbeit über die religiösen Sozialisten gestoßen. Wo ich auch immer nachforschte, auf Spuren von irgendjemand aus der Familie Schümer traf ich immer. Weitere wichtige Informationen entnahm ich dem sehr empfehlenswerten Buch von Karsten Bredemeier „Kriegsdienstverweigerung im

Dritten Reich“ (Baden Baden 1991). Aus diesem Buch stammen auch die Zitate im folgenden Text.

### Wer war Wilhelm Schümer?

Er wurde am 22.1. 1909 als Sohn des Magdeburger Gymnasiallehrers und späteren Oberstudiendirektors Georg Schümer geboren. G. Schümer war nach dem 1. Weltkrieg Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) geworden. Nach 1919 vertrat er diese Partei im preußischen Landtag. 1923 trat er, enttäuscht von der Rechtsentwicklung der DDP, zur SPD über. G. Schümer war seit Anfang der 20er Jahre religiöser Sozialist und bis 1933 Vorsitzender der Magdeburger Ortsgruppe des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands (BRSD) und Mitglied der 1926 gegründeten „Bruderschaft sozialistischer Theologen“, in der sich die Pfarrer und Theologen des BRSD und mit ihm Sympathisierende zusammengeschlossen hatten.



Vor allen aber war Georg Schümer exponierter Pazifist. Er gründete und leitete die Magdeburger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) und gehörte von 1920 bis 1929 dem Reichsvorstand der DFG an. Schümer, der Religion, Hebräisch, Deutsch und Latein unterrichtete,

erzog seine Kinder im Geist der Völkerverständigung und des Pazifismus, dem Ernstmachen mit Jesu Botschaft vom Reiche Gottes und der Option für die Unterprivilegierten und für ein liberales Verständnis des Christentums. 1933 wurde er von den Nazis als Direktor des Magdeburger Lessing-Gymnasiums entlassen und zwangspensioniert. Während der NS-Zeit war er Mitarbeiter der Sammlung „Aus deutschem Erbgut“, einer Dokumentation mit eindeutig antinazistischer Stoßrichtung. Georg Schümer starb am 1.6. 1945 im Alter von 61 Jahren.

Bei diesen Voraussetzungen verwundert nicht, daß zwei seiner Kinder, Wilhelm und Änne, Theologie studierten und die pazifistischen und sozialistischen Intentionen ihres Vaters teilten. Änne Schümer war eine der ersten deutschen Vikarinnen, sie wurde, wie ihr Vater und Bruder, Mitglied der „Bruderschaft sozialistischer Theologen“ und absolvierte einen Teil ihres Vikariates in der Kölner Gemeinde Georg Fritzes, der wohl die wichtigste Person des rheinischen BRSD war und um dessen Biographie sich Hans Prolingheuer verdient gemacht hat.

Wilhelm Schümer studierte von 1927 bis 1931 Theologie in Göttingen, Marburg, Bonn und Münster. 1932 war er Vikar im „Domkandidatenstift“ in Berlin und arbeitete im Berliner BRSD und im Berliner Konvent der „Bruderschaft“ mit. Nach dem 2. Examen wurde er Ostern 1933 Hilfsprediger in Eidenhausen/ Kreis Minden in der Kirchenprovinz Westfalen, die eine Domäne der Bekennenden Kirche war. Nach einem Jahr ging er für 6 Monate nach Hagen, bis er dort von den „Deutschen Christen“ (DC) wegen seiner BK-Zugehörigkeit entlassen wurde. Der westfälische Brudererrat der BK entsandte ihn draufhin als Pfarrvertreter nach Bochum-Langendreer.

1935 wurde Wilhelm Schümer in eine „reguläre“ Pfarrstelle an der deutsch-refor-

mierten Gemeinde in Frankfurt/Main gewählt. Hier kam es zu ständigen Konflikten. Am Bußtag 1935 bezog er in einer Predigt gegen das NS-Hetzblatt „Der Stürmer“ Stellung, was zu einer Überprüfung dieser Predigt durch das „Reformierte Moderamen“ führte, das allerdings die Schriftgemäßheit feststellte. 1936 wurde er aufgrund seiner Kritik an der Judenverfolgung wegen „Verletzung des Kanzelparagraphen“ angeklagt. Mit dem Presbyterium bekam er aufgrund seiner Ablehnung des in der Gemeinde praktizierten Hitler-Kultes Schwierigkeiten. Nach einem weiteren Konflikt forderte das Presbyterium ihn auf, die Pfarrstelle zu verlassen. Da Schümer im Presbyterium keine Basis hatte, folgte er der Aufforderung.

Weil er sich weigerte, den von den Pfarrern geforderten Treueid auf Hitler abzulegen, erhielt er keine feste Pfarrstelle mehr, sondern arbeitete in den von Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel in der Betreuung geisteskranker Männer und danach im Büro des Pfarrers Wilhelm Mensching in Petzen bei Bückeburg/Westfalen. Mensching hatte vorher versucht, ihm eine Pfarrstelle in der Ev. Landeskirche Schaumburg-Lippe zu verschaffen, was diese sowohl mit dem Verweis auf die „politische Belastung“ durch seinen Vater wie unter Verweis auf Wilhelm Schümers BK-Zugehörigkeit ablehnte.

1940 wurde er für den Wehrdienst gemustert und zunächst wegen körperlicher Schwäche zurückgestellt. Schümer äußerte bereits zu dieser Zeit, etwa gegenüber Helmut Gollwitzer, daß er weder den Eid auf Hitler ablegen, noch Militärdienst leisten werde. Sein Bruder Gerhard bewog ihn jedoch, die Situation ihres verfolgten Vaters nicht noch durch eine Militärdienstverweigerung weiter zu verschlimmern und zumindest den Sanitätsdienst zu akzeptieren.

Im November 1942 wurde Wilhelm Schümer nach Soest/Westfalen zum Mi-

litärdienst eingezogen. Seiner Schwester Änne wurde später die weitere Entwicklung berichtet: „Als der Fahneid von ihm gefordert wurde, erklärte er seinem militärischen Vorgesetzten, einem Arzt, offen, daß er unbedingten militärischen Gehorsam in dem Sinne, daß er jeden Befehl, auch zum Töten oder Schädigung eines Menschen, völlig ablehnen müsse um seines christlichen Gewissens willen. Er wurde daraufhin in Haft gesetzt. Schließlich aber rief ihn sein Vorgesetzter wieder zu sich und sicherte ihm aufs bestimmteste zu, daß er unter keinen Umständen zu anderen als helfenden Sanitätsdiensten verwandt werden würde. So entging ihr Bruder, der sich daraufhin zum Fahneide bereit fand, der Hinrichtung, nachdem ihrem Vater schon mitgeteilt war, daß sie unmittelbar bevorstehe.“

Dr. Wilhelm Schümer wurde nach seiner Sanitätsausbildung zu einer Infanterieeinheit an die Ostfront versetzt, wo er bereits am 15. Juli 1943 als vermißt gemeldet wurde.

„Wo Liebe ist, da ist Gott. ... Der Krieg und das Christentum sind zwei unvereinbare Dinge“ (Tolstoi).



## Der Bund der Religiösen Sozialisten nach 1945 in Frankfurt a.M. und anderswo

### 1. EMIL FUCHS (1874 – 1971)

Nach L. RAGAZ' Tod (1945) meldete die Zeitschrift der Schweizer Religiös-Sozialen „NEUE WEGE“ in ihrem 40. Jahrgang (1946) den Wiederbeginn der religiös-sozialistischen Arbeit in Deutschland und nennt zwei Namen: EMIL FUCHS und ARTHUR RACKWITZ. Beide kommen mit je einem Brief über die religiöse Situation in Deutschland nach dem Krieg zu Wort. RACKWITZ hat in Berlin wieder einen kleinen Kreis von Religiösen Sozialisten gesammelt. „Außer BLEIER bin ich der einzige Pfarrer dieser Art in Berlin, der das Dritte Reich überlebt hat, TITMANN und SCHMIDT sind tot. Ähnlich arbeitet FUCHS in Frankfurt a.M., KLEINSCHMIDT, JÜCHEN und SCHWARTZE in Mecklenburg, HERTZSCH als Oberkirchenrat in Eisenach“ (S. 234). Im selben Jahrgang der „NEUEN WEGE“ kommt FUCHS neben RACKWITZ noch zweimal zu Wort. Einmal beklagt er die mangelnde Bußgesinnung in der evangelischen Kirche: „Man verdunkelt vor dem Volk die Tatsache, daß der nationalsozialistische Geist ein Gift ist, das ausgeschieden werden muß.“ Das kann nur geschehen durch einen „Prozeß der Buße und Umgesinnung.“ KARL BARTH und MARTIN NIEMÖLLER würden ihren „tapferen Kampf“ weiterkämpfen müssen (S. 376f). Und am Schluß sagt er: „So wagen wir es nun zum Sonntag, den 7. Juli (1946) eine erste Zusammenkunft religiöser Sozialisten nach Frankfurt einzuladen.“ FUCHS erwartet „Menschen aus der SPD, KPD

und Christlich demokratischen Union, auch Katholiken.“ Man will versuchen, „jenen Geist der Trägheit und nationalen Eitelkeit zu überwinden und Menschen zu rufen zum Bau am Neuen“ (S. 379). Den Bericht über diese Tagung, zu der auch EBERHARD LEMPP aus Württemberg erschienen war, durchweht eine „hoffnungsvolle Haltung“. FUCHS schließt den Bericht mit Sätzen aus seiner Andacht über Ps. 126 („Sind wir nun wie die Träumenden?“): „...eine neue Zeit ist im Werden, und wir ahnen das Morgenrot. Laßt uns arbeiten, daß der Tag kommen kann“ (S. 506).

Was ist aus diesem Ansatz geworden? Die in Frankfurt 1946 Versammelten gaben sich den Namen: „Arbeitskreis für Christentum und Sozialismus“.

Im Juni 1948 fand in Kassel der erste Kongreß des „Bundes religiöser Sozialisten“ statt, den EMIL FUCHS leitete und an dem auch die bekannten Linkskatholiken WALTER DIRKS und EUGEN KOGON sowie die Schweizer Pfarrer BACHMANN und KOBE teilnahmen. (Vgl. D. JÄGER im Vorwort zu: E. LEMPP, Die revolutionäre Botschaft des Evangeliums, Ev. Zeitstimmen 28/29, Hamburg 1966; ferner: HEINRICH MARX [Dillenburg], Überblick über den Zusammenfluß und das Zusammenwirken evangelisch.-sozialer, christlich-sozialer und religiös-sozialer Strömungen im 20. Jh., in: „CHRIST UND SOZIALIST“ [im folgenden CuS], Nr. 2/1964, S. 14ff)

Der Kasseler Kongreß stand ebenfalls im Zeichen des Neuaufbruchs. H. MARX



gung weltweit im großen und ganzen verwirklicht. Der Konflikt um die Startbahn West in Frankfurt führte dann sogar zu seinem Austritt aus dem Bund der Religiösen Sozialisten. Die Zeitschrift CuS hat dennoch METZGER nach seinem Tod (neben HEINRICH ALBERTZ) einen schönen Nachruf gewidmet (Heft 2/1993).

### 3. GEORG WÜNSCH (1887 – 1964)

LEONHARD RAGAZ (1868-1945) schreibt in seiner Autobiographie „Mein Weg“ (1952, Bd. II, S.224): „WÜNSCH ... ist mit seinem ganzen marxistischen Gepäck zum Nationalsozialismus übergegangen.“ Dieses Urteil ist falsch und ungerecht, hat aber leider in der Wirkungsgeschichte WÜNSCHs als Sozialethiker und Religiöser Sozialist verheerende Folgen gehabt. Heute ist die Meinung über den Wissenschaftler WÜNSCH, besonders über den Wirtschaftsethiker, eher positiv. YORICK SPIEGEL hat in seiner neuen Wirtschaftsethik das Werk WÜNSCHs durchaus zustimmend gewürdigt. Und ausgerechnet in der „Jungen Kirche“, einer Zeitschrift, die sich bewußt aus der „Tradition der Bekennenden Kirche“ kommend versteht, lese ich in Heft 5/1993 auf 2 Seiten hintereinander (S. 316 und 317) zweimal den Namen WÜNSCH: einmal in einer Besprechung von F.-M. BALZER („Gegen den Strom“, wo WÜNSCH neben MARTIN RADE als Radikaldemokrat in der Marburger Theologischen Fakultät erscheint) und zum anderen in einem Hinweis auf die Studie des Ökumenischen Rates über „Der christliche Glaube und die heutige Weltwirtschaft“ (neben A.RICH).

„Die Tragik im Wirken GEORG WÜNSCHS“ (so der Titel eines wichtigen Artikels von H.S.EURIGE (= H. SCHLEICH) in CuS Heft 1/1965, S. 5-13) liegt darin, daß WÜNSCH nach zwei großartigen theologischen Werken (Wirtschaftsethik, 1927;

Wirklichkeitschristentum, 1932) im Jahre 1936 seine „Ethik des Politischen“ erscheinen ließ (alle 3 Werke bei Mohr/Tübingen). Die Nazis hielten dieses Werk immer noch für marxistisch und ließen es beschlagnahmen. Natürlich ist in diesem Werk der Begriff des „Politischen“ von C. SCHMITT entlehnt. Natürlich hat WÜNSCHs Begriff des „Wirklichen“ (er liebte übrigens diese Genitiv-Begriffe) etwas von der Theologie der Schöpfungsordnungen wie etwa bei ALTHAUS an sich. Und leider kommt auch das „Unwort“ vom „Volksrasensozialismus“ vor. Aber all dies war „Tarnung“ (SCHLEICH) oder wie WÜNSCH in seiner Autobiographie selber sagt: „Taktik der indirekten Bekämpfung“ bei gleichzeitiger „Distanz im aktiven Verhalten... gegenüber einer politischen Bewegung... die sich so elementar durchgesetzt hatte“ (s.Lit.S.25f).

Kein Zweifel: der Arbeitersohn GEORG WÜNSCH aus Augsburg, tief in die Erlanger Theologie eingetaucht, dann Schüler von ERNST TROELTSCH in Heidelberg (von dem er das Dissertations-Thema „Die Bergpredigt bei LUTHER“ bekam – ein Buch, das bis heute nicht überholt ist!), war durch das Erlebnis des 1. Weltkrieges zum Sozialisten marxistischer Prägung geworden. 1920 hat er der Badener Gruppe ein radikal-sozialistisches Programm gegeben (s. bei Deresch). Nach dem Pfarramt in Baden wurde er (nach seiner Habilitation bei Rade in Marburg 1922) im Jahre 1931 mit 44 Jahren Professor für „Systematische Theologie und Sozialethik“. Hinter dem Plan, in Marburg eine eigene Professur für Evangelische Sozialethik zu schaffen, standen die Kollegen RUDOLF OTTO, RADE, HEILER und THEODOR SIEGFRIED. Mitgeholfen hat auch der preußische Kultusminister und Religiöser Sozialist ADOLF GRIMME, der auch EMIL FUCHS und GÜNTER DEHN zu einer Professur verhalf, was ihm prompt den Vorwurf eintrug, er befördere Marxisten auf theologische Lehrstühle. (Von

GRIMME stammt bekanntlich der berühmte Satz „Ein Sozialist kann Christ sein, ein Christ muß Sozialist sein!“, später wieder aufgenommen durch H.GOLLWITZER und D. SÖLLE gegen JÜNGEL, KÜNNETH u.a.in dem Schriftchen „Müssen Christen Sozialisten sein?“, Hamburg 1976)

Der eigentliche „Fall WÜNSCH“ hängt mit dem Versuch zusammen, WÜNSCH wegen seiner „Ethik des Politischen“ von seiner Professur zu entfernen. RUDOLF BULTMANN hat hier eine unrühmliche Rolle gespielt. (Für die Einzelheiten vgl. den genannten Aufsatz von SCHLEICH-EURIGE). WÜNSCH wurde nach einem aufreibenden Verfahren als „vom Gesetz nicht betroffen“ eingestuft, verlor aber für 5 Jahre seine Professur und alle Bezüge. Mit Vorträgen und Aufsätzen hielt er sich mühsam über Wasser, (Schließlich entstanden in dieser Zeit [bis 1950] zwei größere Werke, nämlich „Luther und die Gegenwart“ und „Zwischen allen Fronten“). WÜNSCH mußte immer wieder betonen, daß er weder Mitglied der NSDAP noch bei den DC gewesen sei. Es war für WÜNSCH eine Zeit der Vereinsamung, obwohl aus der Marburger Fakultät FRICK, SIEGRIED und HEILER hinter ihm standen.

Was man ALTHAUS und GOGARTEN verziehen hatte, konnte oder wollte man WÜNSCH nicht verzeihen. Als ich 1951 bis 1955 bei ihm studierte, lernte ich dennoch einen ungebrochenen Menschen und großartigen akademischen Lehrer kennen, dem die menschliche Nähe zu seinen Studenten wichtiger war als die Vermittlung enzyklopädischen Wissens. Er hat uns damals des öfteren gesagt, er hätte entweder wie TILLICH nach Amerika oder wie BONHOEFFER ins KZ gehen müssen. Beides war ihm unmöglich. So blieb nur der Weg der „Tarnung“.

Zum Gedächtnis seines 100. Geburtstages habe ich in der Marburger „Oberhessischen Presse“ WÜNSCHs Lebenswerk un-

ter dem Motto: „Luther und Marx“ darzustellen versucht. In der Tat, WÜNSCH hat gelegentlich MARX als einen „Luther ohne Gott“ bezeichnet. Wie schlimm die Anfeindungen von allen Seiten in jenen Jahren des Lehrverbotes waren, belegt ein Zitat von PETER von OERTZEN, der gesagt haben soll: „Wer wie Wünsch Luther und Marx unter einen Hut bringt, der hat auch noch Platz für Hitler!“. Vieles, was im Prozeß der Entnazifizierung WÜNSCHs gelaufen ist, erinnert stark an das Phänomen der „Abwicklung“ in den neuen Bundesländern. Und auch EMIL FUCHS schrieb am 14.2.1949 aus den USA an JENTZSCH: „Ich bin mit in Sorge um ihn (Wünsch) und sehe wohl, daß das ein Teil der Reaktion ist ... Es würde seiner Sache dienen, nicht schaden, wenn er deutlich machen würde, daß er seinen Fehler einsieht und es war schlimm.“ (FUCHS selber würde, lebte er heute, ebenfalls „abgewickelt“, wie das seinem Enkel KLAUS FUCHS-KITTOWSKI geschehen ist. Man muß sogar Sorge haben, daß die Emil-Fuchs-Straße und das Emil-Fuchs-Institut in Leipzig umbenannt werden, während man gerade in Rüsselsheim eine Emil-Fuchs-Straße neu benannt hat).

Wichtig erscheint mir im „Fall Wünsch“ noch, daß er in schwerer Zeit vor allem Freunde im Kreis des Freien Christentums fand (oder wiederfand), 1953-1960 war er sogar Präsident des Bundes für Freies Christentum. Im Sommersemester 1953 gründete WÜNSCH das erste eigenständige Seminar für Sozialethik in Westdeutschland, das dann auch „durch die Bemühungen des damaligen Ministers LUDWIG METZGER etatmäßig wurde“ (Wünsch a.a.O. S.36). Der jetzige Inhaber des Instituts, Prof. SIEGFRIED KEIL, hat sich um das Erbe WÜNSCHs sehr bemüht, sowohl im Jubiläumsjahr (1987) als auch jetzt aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Sozialethischen Seminars. (Unter WÜNSCHs Nach-

# Christ und SOZIALIST

MITTEILUNGSBLATT DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN

## Zum 30. Todestag von Christoph Blumhardt

Am 2. August sind es 30 Jahre, daß Christoph Blumhardt, der Jüngere, in der Nähe von Bad Boll, wo er fast seines Lebens gewirkt hat, gestorben ist. Zugleich sind es 30 Jahre her, daß es seine seiner Überzeugung, daß „man heute ein Gottesmann in der Welt sein muß“, im Sommer 1966

brauchen eine ängstliche christliche Gemüter, die von „Skularisierung“ des Christentums reden, wirklich nicht zu sagen. Er war darum nie ein engherziger Partisan. „Ich verbinde mich mit der Sechste nach einer neuen Zeit, nicht mit dem Erstgeborenen.“

folgen ragen heraus: DIETRICH von OPPEN und WOLFGANG HUBER, neugewählter Bischof von Berlin-Brandenburg.

### 4. HEINRICH SCHLEICH (1895-1985)

Es ist viel Negatives über H. SCHLEICH (und „seinen“ Bundessekretär R.JENTZSCH) gesagt und geschrieben worden. So schreibt am 1.7.1962 EBERHARD LEMPP (auf dem Höhepunkt der Kampagne gegen EMIL FUCHS) an DANIEL JÄGER: „JENTZSCH ist ja im Grunde ein guter Kerl, aber 'ein treuer Diener seines Herrn', nämlich von SCHLEICH ... Dieser hat gewiß seine Verdienste, er ist zäh und klug. Aber er ist ein Opportunist ... Es ist eine Tragik, daß diese beiden in unserem Bund regieren.“ Was im folgenden (und anderswo) auch immer an Kritischem über H. SCHLEICH gesagt wird – es bleiben doch im wesentlichen vier große Verdienste dieses Mannes bestehen:

1.) SCHLEICH hat sich im „Fall Wünsch“ intensiv um eine Rehabilitierung von WÜNSCH bemüht. Er war einmal als junger Mensch im liberalen Studentenbund Mitglied (persönliche Mitteilung an mich), also gar kein Sozialist von Geblüt. Erst als er unmittelbar nach 1945 als Regierungsdirektor, der mit der Entnazifizierung in Wiesbaden zu tun hatte und viele Kontakte zur amerikanischen Besatzungsmacht besaß, mit dem „Fall Wünsch“ befaßt wurde, kam es zu einer nachhaltigen Begegnung

mit der Person GEORG WÜNSCH und mit den Ideen des Religiösen Sozialismus.

2.) SCHLEICH hat dann 1950 die Leitung des Bundes der Religiösen Sozialisten übernommen (die näheren Umstände sind nicht aufgeklärt!) und ihm 27 Jahre (bis 1977) als

Präsident gedient. Auf diese Weise hat er immerhin die Kontinuität zum alten Bund der Religiösen Sozialisten vor 1933 aufrecht erhalten, auf die dann im Jahre 1977 die neue Mannschaft aus Bochum und Bielefeld (unter GÜNTHER EWALD) so großen Wert legen sollte.

3.) H. SCHLEICH hat sich in „CHRIST UND SOZIALIST“ (der Name ist seine Erfindung) ein Organ geschaffen, in dem die verschiedensten Geister zu Wort kamen, darunter Schweizer, Holländer, Skandinavier (wie etwa BANNING, BUSKES, v. BIEMEN, ZETTERBERG) aber auch deutsche Wissenschaftler, wie WEISSER, BAADE u.a.

4.) H. SCHLEICH war ein großer Organisator. Bereits 1950 hat er KAGAWA in die überfüllte Paulskirche geholt (persönliche Mitteilung an mich). Er hat es verstanden, nacheinander drei Frankfurter Oberbürgermeister (KOLB, BOCKELMANN und BRUNDERT) und den Nachfolger von L. METZGER im Amt des Hessischen Kultusministers, ARNO HENNIG, an den Bund zu binden bzw. sich deren Sympathien zu erhalten. – Er hat 1955 eine internationale Konferenz in Frankfurt einberufen mit Rednern wie BANNING, WEISSER, HUGO KRAMER, PAUL TRAUTVETTER, G. WÜNSCH, HANS LUTZ, JOHANNES HESSEN und ADRIAN van BIEMEN.-

Auch die letzte internationale Konferenz in Frankfurt-Fechenheim 1974 (im Rahmen viel bescheidener) stand noch un-

ter SCHLEICHs Regie. Es waren vertreten als Referenten A.v.BIEMEN, HANSULI JÄGER (Schweiz), BO NYLUND (Schweden) und ich (mit zwei Referaten: 1. „Marxismus und Christentum bei Paul Tillich“ und 2. „Christentum und Neomarxismus [Milan Machovec]“, vgl. CuS Nr. 3/1974).

Im übrigen war in SCHLEICHs politischem und schriftstellerischem Gebaren vieles ungereimt. So benutzte er mehrere Pseudonyme im selben Heft von CuS: Seine biblische Besinnung am Anfang jedes Heftes unterschrieb er mit seinem wirklichen Namen. Wagte er sich auf politisches Terrain, besonders wenn er sich gegen die Jusos, WILLY BRANDT oder eben gegen FUCHS ereiferte, schrieb er als H.S. EURIGE oder H. DIENSTBACH. Außerdem benutzte er noch die Kürzel hs und hse (RUDOLF JENTZSCH schrieb gelegentlich unter dem Pseudonym RUDOLF MIETCHEN). Nie hat SCHLEICH über Mitglieder- oder Abonnentenzahlen Auskunft gegeben. Es dürften in den 70er Jahren kaum mehr als hundert Mitglieder gewesen sein, vorher vielleicht etwas mehr. Die Zeitschrift ließ er auf eigene Kosten drucken, von manchen Heften bis zu 1000 Stück, die er dann an die Gewerkschaften, an die SPD und an Kirchenleitungen verschenkte, wie er mir einmal mitgeteilt hat. Ein Höhepunkt seiner bundespolitischen Fehlleistungen war die heftige Invektive gegen EMIL FUCHS in CuS Nr. 1/1962 unter dem Titel: „Eine Stellungnahme des geschäftsführenden Präsidiums“ (ohne Unterschrift), die in dem Tenor abgefaßt ist: „Er (FUCHS) hat sein Pensum bei den Kommunisten gut gelernt und sieht jetzt im Kommunismus die wahre Kraft, die die von ihm sein Leben lang heißersehnte Gesellschaftsordnung auf dem Boden eines radikalen und intoleranten Humanismus herbeiführt“ (a.a.O. S.24). Es folgt dann in Heft 2/1962

ein Beitrag von H.S. EURIGE über „Weltpolitik im Zeichen des Atoms“, in

dem „die kleine deutsche Minderheit“, die sich der Adenauerpolitik der Westintegration widersetzt, eine scharfe Abfuhr erhielt. Den Gipfel bildet dann in Heft 3/1962 ein Beitrag von SCHLEICH (wieder unter dem Pseudonym H.S.Eurige) mit dem Titel „Die Wahrheit über Deutschland“, gespickt mit wüsten antisowjetischen Ausfällen. Schon für Heft 2/1962 hatten E. LEMPP und D. JÄGER einen Protestbrief gegen SCHLEICH in Sachen EMIL FUCHS verfaßt (unterschrieben von vier weiteren Mitgliedern: KARL SCHÜLLER, MARIA LIEB und den Pfarrern HANS WEBER und PAUL WEITBRECHT). Der Brief wird aber erst in Heft 3/1962 und nur mit der Unterschrift von E. LEMPP abgedruckt. Es entspinnt sich noch ein langer Briefwechsel zwischen SCHLEICH/JENTZSCH einerseits und JÄGER/LEMPP andererseits. Es kommt zu Spaltungsdrohungen (mit Hinweis auf das Beispiel der Schweiz). EMIL FUCHS selber nahm den Streit relativ gelassen hin. Für ihn war es ja der 4. oder 5. „Fall Fuchs“, diesmal freilich ein Fall innerhalb des Bundes. Er schreibt in einem Brief vom 11.2. 1962 an DANIEL JÄGER: „Ihr macht Euch viel zu sehr Mühe wegen dieser Sache gegen mich. Ich empfinde sie als einfältig und dumm und bin nicht wütend darüber. Leid tut mir nur die Zukunft Deutschlands, wenn solche Menschen maßgebend werden.“

Als ich 1970 (bis 1977) stellvertretender Bundesvorsitzender wurde, hatte sich der Streit längst gelegt. Das Bundesschiff dümpelte im „Schleich-Tempo“ (wie ein bekannter Historiker unserer Bewegung zu sagen pflegte) vor sich hin. Als Schüler von WÜNSCH und WOLFGANG ABENDROTH (vgl. meine Schrift „Pseudoreligiöse Motive in den Frühschritten von Karl Marx“, Tübingen 1962) vertrat ich neben SCHLEICH eine betont linke Linie, auch in CuS – und SCHLEICH ließ mich gewähren.

Dann kam im Jahre 1977 die (von SCHLEICH in CuS so genannte) „Palastre-

volution": ELSE MARTIN (Oberfürsorgerin, 1900-1980), HEINRICH KNETSCH (Pfarrer und Wünsch-Schüler), ACHIM SCHÜTZ (Sozialarbeiter) und ich legten als Mitglieder des Bundesvorstandes H. SCHLEICH nahe, sein Amt als Präsident niederzulegen. In Bochum hatte sich (seit 1976) unter dem Mathematikprofessor GÜNTER EWALD eine sehr aktive, meist aus Studenten bestehende Gruppe gebildet, die sich im „Kohlenkeller“ bei G. EWALD traf (und auch so nannte). Die Devise der Gruppe, deren Mitglieder meist aus der SMD (wie EWALD selbst) kamen, lautete: „Bier, beat und Bibel“. Diese Gruppe, verstärkt durch den Bielefelder Wirtschaftswissenschaftler Prof. SIEGFRIED KATTERLE und den Pfarrer REINHARD GAEDE, wählte am 18.6.1977 in Frankfurt-Fechenheim im Heinrich-Schleichhaus (einem von SCHLEICH gegründeten Altersheim) GÜNTER EWALD zum neuen Vorsitzenden. H. SCHLEICH wehrte sich gegen den „Willkür-Kraftakt der sog. 'Bochumer Gruppe'“. Es kam zu einem Prozeß, in dem die Abwahl von SCHLEICH als satzungsgemäß erklärt wurde und in dem das neue Präsidium das Recht erstritt, die von SCHLEICH gegründete Zeitschrift CuS weiterzuführen, allerdings in rotem Umschlag. SCHLEICH trennte sich mit einer kleinen Gruppe ab und gab weiterhin CuS (allerdings in gelbem Umschlag – wie seit 1950) heraus. (Der SCHLEICHsche Rest-Bund sowie seine Zeitschrift sind mit dem Tod von SCHLEICH erloschen.)

(Über den „Sabotageakt“ s. SCHLEICH in CuS, Nr. 3/1977 – gelbe Ausgabe – S.22-37. Über die Vorgeschichte der „Bochumer Gruppe“ informiert G. EWALD im Vorwort zu „Religiöser Sozialismus“, s. Lit.).

Über den gegenwärtigen Zustand des Bundes der Religiösen Sozialisten läßt sich abschließend kaum etwas sagen. Die

Strukturen sind durchsichtiger geworden, es gibt keine Ämterhierarchie, nur einen Sprecher (z.Z. ULRICH PETER, Berlin). Die Zeitschrift CuS öffnet sich für Fragen der Ökologie, der Dritten Welt, ihre Tendenz ist sozialistisch im Ursinn. Sie vertritt energisch den „historischen Kompromiß“ Rot-Grün. Manche Bundesfreunde, soweit noch in der SPD, möchten so etwas wie das „grüne Gewissen“ dieser Partei sein.

(aus *Berliner Dialoghefte* Nr. 1/1994)

#### Literatur

- Bangard, K.: Reich Gottes und soziale Gerechtigkeit bei Emil Fuchs. Theorie und Praxis des religiösen Sozialisten im „werdenden Sozialismus.....“ Diss.Phil. Frankfurt a.M. 1985
- Balzer, F.-M.: Klassengegensätze in der Kirche – Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands (Diss.Phil. Marburg/Lahn bei W. Abendroth), Bonn 1993. (3. Aufl.)
- Breipohl, R.: Religiöser Sozialismus und bürgerliches Geschichtsbewußtsein zur Zeit der Weimarer Republik. Zürich 1971 (Die Darstellung Wünschs ist einseitig)
- Deresch, W.: Der Glaube der religiösen Sozialisten, Hamburg 1972
- Ewald, G.: (Hrsg.) Religiöser Sozialismus (Vorträge auf der Tagung der „Bochumer Gruppe“ in Bergisch Gladbach 1976: Harder, H.U.Jäger, Ewald, Kreppel, Dannemann, Reitz), Stuttgart 1977 (=Urban-TB 632)
- Metzger, L.: In guten und schlechten Tagen, Darmstadt 1980
- Möller, M.: Das Verhältnis von Evangelischer Kirche und SPD in den Jahren 1945 – 1950, Diss. Phil. Marburg/L. 1979
- Pfeiffer, A.: Religiöse Sozialisten, Olten und Freiburg 1976 (Standardwerk)
- Röhr, H.: Reich Gottes und soziale Wirklichkeit. Religiöse Sozialisten wiederentdeckt. In: ZRGG 1974. S.64ff
- Ders.: Geschichte und Utopie im Religiösen Sozialismus. (Zur „Theologie des Wirklichen“ bei G. Wünsch) NZsystTh 1981. S. 15ff
- Ders.: Kirche und Sozialismus in der Weimarer Republik. Zwischen „Kairos“ und KZ: Carl Menicke (1887– 1959). In: FS Dieter Stoodt, Frankfurt a.M. 1987. S.39 ff

Ders: M. Buber und die Religiösen Sozialisten. In: W. Licharz/H. Schmidt: M. Buber (1878-1965). Bd. II. Frankfurt a.M. 1989. S. 121ff

Vollmer, A.: Die Neuwerkbewegung 1919 – 1935. Diss.Phil. Berlin 1973 (bei H.Gollwitzer)

Wünsch, G.: Erfahrungen und Gedanken eines religiösen Sozialisten. Biographische Skizze. Frankfurt a.M. 1964 (Z.Z. entsteht bei mir eine Dissertation über Wünsch von Lothar Wenzel)

**ANZEIGE**

NEU BEI PETER LANG

Ulrich Peter

## Der 'Bund der religiösen Sozialisten' in Berlin von 1919 bis 1933

Geschichte-Struktur-Theologie und Politik

Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris. Wien, 1995. 696 S., 8 Abb.  
Europäische Hochschulschriften: Reihe 23, Theologie. Bd. 532  
ISBN 3-631-48604-9 br. DM 168.–

Als Resultat der Krise des politischen Systems und der Erschütterungen des kirchlichen Selbstverständnisses nach dem 1. Weltkrieg entstanden in Berlin religiös-sozialistische Gruppen, die sich 1919 zum 'Bund der religiösen Sozialisten' (BRSD) zusammenschlossen. Diese wichtige Gruppierung des Weimarer politischen Protestantismus bestand bis 1933 und existierte danach in vielfältigen Formen illegal weiter. Die Untersuchung will die Entstehung und Geschichte dieses Bundes darstellen und erklären und seinen Platz im Verhältnis zu Kirche und Arbeiterbewegung bestimmen. Als Beitrag zur Sozialgeschichte der Berliner Kirche und zur Vorgeschichte des Kirchenkampfes werden mit Neukölln und Charlottenburg zwei BRSD-Zentren als Fallstudien untersucht.

*Aus dem Inhalt:* Entstehungsbedingungen und Geschichte bis 1933 - Der christliche Pazifismus - Religiöse Sozialisten im Arbeiterbezirk Neukölln und im bürgerlichen Charlottenburg - Theologie und Feierkultur - Religiöse Sozialisten im Widerstand - Biographien

Die Dissertation wurde von Prof. Braun an der Freien Universität Berlin betreut.

*Bitte senden Sie Ihre Bestellung an folgende Adresse:*

Peter Lang GmbH  
Europäischer Verlag der Wissenschaften  
Abteilung WB  
Postfach 94 02 25  
D-60460 Frankfurt/M.

EinzelabonnentInnen von CUS können das Buch zum stark reduzierten Autorenpreis beziehen. Bei Interesse bitte an die CUS-Redaktion wenden.



## die uns interessieren

### Heinz Kappes (1893 – 1988) Pfarrer – Religiöser Sozialist – Quäker

1. Lebensabriß: geb. 30. 11. 1893 als Pfarrersohn im badischen Fahrenbach, gest. 1. 5. 1988 in Stuttgart. „Evangelisch, Quäker“, wie er selbst betonte, obwohl er m.W. der Deutschen Jahresversammlung der Quäker nicht (mehr) angehörte. 1922 verheiratet mit Else Kern, geschieden 1948. Jugend- und Sozialpfarrer in Karlsruhe; religiöser Sozialist; 1924 Eintritt in die SPD. 1926 – 1930 SPD-Stadtverordneter; Stadtrat der SPD. 1933 strafversetzt nach Büchenbronn beim Pforzheim. 1934/35 für 9 Monate in Palästina (als Tourist). 1935 mit Hilfe der Quäker legale Ausreise nach Palästina. Zusammenarbeit mit englischen und amerikanischen Quäkern. 1939 9 Monate Internierung in Jerusalem. Weigerung, für Deutschland noch einmal Kriegsdienst zu leisten nach seiner Teilnahme am 1. Weltkrieg, in dem er Kriegsfreiwilliger war und als Offizier hochdekoriert wurde.

Befreundet mit Dr. Magnes, Präsident der Universität Jerusalem, und mit Martin Buber. 1940 – 1948 bei der British Food Control. 1948 Rückkehr nach Karlsruhe. Rehabilitierung durch die badische Kirchenleitung. Religionslehrer, sowie viele Aktivitäten im Bereich christlich-jüdische Zusammenarbeit, Übersetzung des „Blauen Buches“ der Anonymen Alkoholiker und Aktivität im Bereich „Integraler Yoga“. Übersetzung der Hauptwerke Sri Aurobindos mit insgesamt 3.853 Seiten aus dem Englischen als Beispiel einer „weltzugewandten Mystik“.

Diese Übersetzungsarbeit und sein Eintreten für Aurobindos Werk sowie seine Mystikforschung (7 Jahre lang hielt er wöchentliche Vorträge über Mystik vor deutschen Juden in Palästina) bedarf einer eigenen religionswissenschaftlichen Würdigung. (Ich hoffe, diese gelegentlich nachzuliefern.) Dabei ist Heinz Kappes seinen Anfängen nicht untreu geworden: Bis zuletzt las er jeden Tag mit großer Freude ein Stück aus den Werken des jüngeren Blumhardt.

2. Reich-Gottes-Kämpfer: 1934 fuhr er aus dem badischen Pfarramt verbannte Heinz Kappes von Unterjesingen bei Tübingen (wo er Unterschlupf gefunden hatte) mit dem Fahrrad zu einer Quäkertagung nach Bad Pyrmont. Die ihm auferlegte Aufenthaltsbeschränkung ließ keine Bahnfahrt zu. Was war geschehen? 1933 Machtübernahme! In Staat und Kirche erfolgte der Ausbruch eines rauschhaften Führerkultes! Einladung aller badischen Pfarrer zum Einschwören auf den neuen Landesbischof am 18. Juli: Heinz Kappes erscheint nicht! Er will nicht bei den „Siegern“ sein.

Er stellt sich als Pfarrer auf die Seite der Ausgegrenzten, Gefangenen und Entflohenen. In der Pfingstpredigt 1933 erinnert er an die 26.000 „Besiegten“, die bereits in Gefängnissen und Arbeitslagern sitzen. Die Kirchenbehörde reagiert mit „schmerzlichem Bedauern“ auf Kappes' Demonstration. In seiner letzten Predigt vor religiösen Sozialisten am Karsamstag 1933 stellt er

die Dialektik von Kreuz und Auferstehung ganz in den Mittelpunkt und endet mit dem subversiven Gebetsschrei: „Herr, dein Reich komme!“ Heinz Kappes, klein und eher zart gebaut, aber ein Kämpfertyp, geht bis an die äußerste Grenze: Er schreibt einen Solidaritätsbrief an den ehemaligen badischen SPD-Kultusminister Remmele (anlässlich des Todes von Remmeles Frau), der im KZ Kislau sitzt. Nun soll Kappes selber nach Kislau. Der badische Innenminister, der Landesbischof, der Oberkirchenrat sind gegen Kappes. Dieser kommt aber zunächst für 10 Tage ins Pforzheimer Gefängnis. Kappes erklärt nun selber, er müsse nach Kislau ins KZ, weil er dort einen seelsorgerlichen Auftrag habe.

Die Kirchenleitung bestätigt ihm zwar, daß er ein hochbegabter und diensteifriger Pfarrer sei – aber von der falschen Richtung. Die Presse macht ihn zum „Marxisten“, der nach Büchenbronn kam und die „Seelen des jungen Geschlechts vergiftete“. Zwangspensionierung und Kirchenstreik sind die Folgen: Eine Abordnung aus Büchenbronn, darunter sogar ein NSDAP-G, verteidigt Kappes vor dem Dienstgericht. Das Ende: Ausweisung aus Baden! Und dann beginnt die Odyssee über Palästina, zurück nach Deutschland, zweite Heirat (mit der Holländerin Dr. Riek Liesefeld, gest. 1977). Nicht zu vergessen Else Lehle: Seinen letzten Lebensabschnitt hat die Stuttgarter Arzthelferin mit großer Hingabe begleitet. Der Religionswissenschaftler und „Seelenheilpraktiker“ hatte sich ganz auf das helfende Gespräch von Person zu Person zurückgezogen.

Der Hauptteil des Buches stammt von dem Rostocker Kirchenhistoriker G. Wendelborn (ausgewiesen durch Bücher über Luther, Franziskus und Bernhard von Clairvaux). F.-M. Balzer, einer der besten Kenner des religiösen Sozialismus, hat eine Einleitung (Vergleich zwischen Erwin Eckert und Heinz Kappes) sowie viele Materialien

und Vorarbeiten beige-steuert. Balzer kannte wohl Kappes am besten. Ich bin Heinz Kappes auch einmal in Frankfurt am Main (im „Frankfurter Ring“, einem religiösen Forum besonders für Kirchenferne) begegnet und wir hatten einen ausführlichen Briefwechsel. Er konnte sagen: „Ich lebe im Bewußtsein der Reinkarnation!“ (Arnold Pfeiffer, auch ein Kenner des religiösen Sozialismus von Rang und Freund von Kappes, nannte uns beide scherzhaft die „mystischen Heinze“.) Warum Kappes über den religiösen Sozialismus und das Quäkertum hinaus zu Sri Aurobindo weitergegangen ist, kann man nur vermuten. Ich selbst habe bei Aurobindo eine Gottes- und Weltvorstellung gefunden, die das abendländische Denken über das Absolute und Letztgültige weit in den Schatten stellt.

Der Band enthält auch auf etwa 100 Seiten Quellen und zwar 36 Predigten, Aufrufe, Reden von 1922 – 1933; drei aus der Zeit danach, darunter das hochbedeutende Memorandum an die Jewish Agency über „Araber und Juden“. Das letzte Stück ist ein Brief an L. Ragaz (1938). Das Buch sollte ursprünglich zu Kappes' 100. Geburtstag 1993 erscheinen: Aus verlagstechnischen Gründen erschien es zum 101. Geburtstag. Es füllt eine Forschungslücke, sowohl was die Kirchengeschichte, als auch die Geschichte des religiösen Sozialismus und des Quäkertums in Deutschland betrifft.

(Am Kirchentagsstand des BRSD Nr. 2 L 14 in Halle 2 ist dieses Buch für Leserinnen und Leser von CuS zu einem wesentlich reduzierten Preis zu erhalten) *Heinz Röhr*

Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn: „Wir sind keine stummen Hunde“. Heinz Kappes (1893 – 1988), Christ und Sozialist in der Weimarer Republik. Pahl-Rugenstein-Nachfolger, Verlag Bonn, 1994. 254 S., 29,90 DM

## Jahrestagung 1995 des Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands

Gemäß Paragraph 5 der Bundessatzung laden wir unsere Mitglieder ein zur Jahrestagung in Bad Hersfeld vom 13. bis 15. Oktober 1995. Die Tagung findet in der Ev. Jugendbildungsstätte Frauenberg statt. Die Kosten betragen für Verdienende 100,-DM, für Nichtverdienende wird wie üblich ermäßigt.

### Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

Beginn: Freitag, 13. Oktober mit dem Abendessen um 18.00 Uhr.

19.00 Uhr: Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Anschließend: Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollführung. Danach Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht des Kassenprüfers. Anschließend Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Bundesvorstand.

Sonnabend, 14. Oktober: Öffentliche Seminarveranstaltung zum Thema „Sozialismus: Ziel und/oder Utopie mit den Referenten (angefragt) Prof. Siegfried Katterle (Bielefeld, Mitverfasser der Wirtschaftsdenkschrift der EKD) und Dr. Kuno Füssel (Münster, einer der bekanntesten Befreiungstheologen Europas).

Sonntag, 15. Oktober: Gemeinsamer Gottesdienst. Anschließend Diskussion und Beschlußfassung über neue „Vorläufige Leitsätze des BRSD“. Der Bundesvorstand legt zur Beschlußfassung das Ergebnis der bisherigen Diskussion vor, die als Entwurf in Heft 4/94 von CuS auf den Seiten 18 bis 30 abgedruckt wurde. Änderungsanträge hierzu müssen in schriftlicher Form spätestens vier Wochen vor der Tagung beim Bundesbüro eingegangen sein. (Paragraph 5, Abs. 6 der Satzung)

Danach: Wahl der 4 Mitglieder des Bundesvorstandes und der Kassenprüferin/des Kassenprüfers.

Verschiedenes: Ende der Tagung gegen 13.00 Uhr

Der Vorstand des BRSD  
Ulrich Peter, Bundessprecher.

Anmeldungen bitte möglichst schnell an das Bundesbüro des BRSD,  
Postf. 2521, 72015 Tübingen.



### Autorinnen und Autoren

**Lothar Bücken** ist Lehrer und lebt in Wetter/Ruhrgebiet. Er ist Redaktionsmitglied von CuS.

**Udo Fleige** ist Lehrer in Tübingen und Bundessekretär des BRSD.

**Klaus Körner** aus Petershagen bei Berlin ist Schriftsteller und Jurist. Er hat die Initiative Christliche Linke mitbegründet, deren Sprecherrat er angehört.

**Christa Peter** ist Religionslehrerin in Berlin und Redaktionsmitglied von CuS.

**Ulrich Peter** ist Berufsschulkatechet in Berlin und Bundessprecher des BRSD.

**Heinz Röhr** ist emittierter Professor für ev. Theologie und lebt in Frankfurt. Er ist Mitglied des BRSD und war lange Jahre Mitglied des Bundesvorstandes.

**Wulf Schade** ist Slawist und Politologe und Mitglied der Deutsch-polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Er lebt in Bochum.

**Peter Winzeler** ist evangelischer Pfarrer und Privatdozent für systematische Theologie in Bern/Schweiz.

**Mitarbeit:** CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

**Technik:** Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text unformatiert sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenfassung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

**Sprache:** Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

**Endredaktion:** Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Abonnement  
und Retour:**

BRSD  
Postfach 2521  
72015 Tübingen

Streifbandzeitung  
Gebühr bezahlt  
F 4637 F

**Helmut Gollwitzer**

**Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)**

**Warum wird ein Mensch Sozialist?**

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.